

# Kornilow

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Bezugspreis:**  
 Wochenblatt 2.50 RM, monatlich 1.20 RM, wöchentlich 30 Pf. frei ins Haus, vorauszahlbar. Einzelne Wochenblattnummern 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierten Beilagen „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postbezug: Monatlich 1.80 RM. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.60 RM, für das übrige Ausland 4 RM monatlich. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden u. die Schweiz, Eingetragene in die Postzeitungs-Verzeichnisse.  
 Erscheint täglich.  
 Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

**Der Anzeigenpreis**  
 beträgt 1. die Nebenspaltere Anzeigen 30 Pf., das feine Anzeigen 20 Pf. (ausführlich 2 feine Spalten), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenanzeige und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Feuerungsantrag 20 Pf. Familien-Anzeigen 50 Pf., politische u. gewerkschaftliche Betriebsanzeigen 40 Pf. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmitt. im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Gedruckt von 8 Uhr früh bis 7 Uhr abends.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Sonntagsredaktion: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97. Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

# Kornilow gefangen genommen.

## Kerenski Herr der Situation.

Petersburg, 15. September. (Reuter.) Die Regierung wurde von der Verhaftung Kornilow und seiner hauptsächlich Mitschuldigen verständigt.  
 Der Zusammenbruch der Kornilowschen Revolte bestätigt sich in vollem Umfang. Die Ereignisse, die hierzu geführt haben, sind aber auch durch die neueren Meldungen nicht viel klarer geworden. Wertwürdigerweise schweigen sich auch die Petersburger offiziellen Meldungen völlig über diesen Punkt aus. Die englische „Times“, freilich ein Kerenski extrem-feindlich gesonnenes Blatt, spricht davon, daß jetzt eine Versöhnung zwischen Kerenski und Kornilow möglich sei, gleich als ob Kerenski noch mit dem Unterlegenen auf gleichem Fuße verhandeln würde. So suchen sich die englischen Freunde eines neuen russischen Absolutismus ihre Enttäuschung immer noch zu bemänteln. Kerenski verbreitet derweile folgenden Siegesbericht:

Petersburg, 14. September. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die Beilegung der Aufstandsbewegung Kornilows dauert an. Kerenski und General Murejew empfangen eine Abordnung der Eingeborenendivisionen, die die „wilde“ genannt wird, deren Befehlshaber eine Entschliebung überreichte, in der die Truppe aller Regimenter der Division, die der Kern der ausführenden Truppen Kornilows war, zur vorläufigen Regierung erklärt wird. Der Zentralausschuß der Ostseeflotte richtete an Kerenski ein Telegramm, in dem er die einstimmige Entschliebung aller Besatzungen mitteilt, die Regierung zu unterstützen, und die Forderung nach strenger Bestrafung Kornilows und aller seiner Anhänger wiederholt. Der Kommandant der Ostseeflotte richtete an die ganze Garnison der ehemaligen Hauptstadt einen Aufruf, in dem er sie auffordert, das Vaterland gegen jeden gegenrevolutionären Anschlag zu verteidigen. Die Regierung hat den General Kaledin, den Hetman der Donkosaken, der versuchte, sich zum Diktator von Südrussland aufzuwerfen, des Amtes enthoben und ihn unter der Beschuldigung militärischen Aufruhrs vor Gericht gestellt.

Ein weiteres Telegramm der Petersburger Telegraphen-Agentur meldet, daß General Kaledin in der Umgegend von Rostow bereits festgenommen worden ist. Dasselbe Schicksal hat nun auch Kornilow ereilt. Kerenski hat sich also auf Unterhandlungen und Bedingungen nicht eingelassen.  
 Viel erörtert worden ist auch die Frage, ob Kornilow Anhänger eines Sonderfriedens gewesen sei. Ein Schweizer Telegramm hatte bekanntlich behauptet, Kornilows Stellung werde vollkommen verkannt; er sei für sofortigen Friedensschluß, in dem er die einzige Rettung Russlands sähe; er habe auch auf der Moskauer Konferenz in diesem Sinne geredet und nur dafür Beifall geerntet. Auch das Telegramm unseres Stockholmer Korrespondenten über das Manifest des neutralen Komitees in Stockholm läßt an einer Stelle eine ähnliche Ansicht durchblicken. Demgegenüber müssen wir feststellen, daß die jetzt in Wortlaut vorliegende Rede Kornilows auf der Moskauer Staatskonferenz auch nicht die geringste Andeutung nach jener Richtung hin enthält. Kornilow schildert zwar die Zustände des Landes und die Verfassung der Armee in den schwärzesten Farben, fordert aber im übrigen nichts als Wiederherstellung eiserner Disziplin mit den schärfsten Mitteln. Ja, er weist gerade die Friedensfreunde darauf hin, „daß bei der gegenwärtigen Verfassung des Heeres, selbst wenn zur Schmach des Landes ein Frieden geschlossen werden könnte, ein solcher nicht zustande käme, da die damit verbundene Demobilisation nicht durchgeführt werden könnte; die undisciplinierte Menge würde ihr eigenes Land in zuchtloser Raserei verwüsten“. Also Kornilow hat ausdrücklich einen jeglichen Frieden als schmachvoll für Russland bezeichnet.

Petersburg, 14. September. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der ehemalige Kriegsminister Suischow und die Mitarbeiter der „Kosowe Wremja“, die unter der Anschuldigung der Rebellion verhaftet worden waren, sind freigelassen worden.  
 Bis zwei Uhr nachts war das neue Ministerium noch nicht gebildet, man erwartet aber, daß dies morgen geschehen werde, und zwar auf der Grundlage einer Koalition. Die Mehrheit der bisherigen Minister aus der Kadettenpartei hat ihre Teilnahme an der Kabinettsbildung abgelehnt, nur Kartischow bleibt Kabinettsminister. Die Weigerung ihrer übrigen bisherigen Minister wird die Partei an der Teilnahme nicht verhindern.  
 Washington, 14. September. (Reuter.) Die Zusammenarbeit der russischen Flotte mit den Flotten der Alliierten wird mit einem russischen Flottenauschuß erörtert werden, der sich heute dem Marinesekretär vorstellte. An seiner Spitze steht Vizeadmiral Kallischal. Der Ausschuß wird wahrscheinlich auch mit der hier befindlichen japanischen Abordnung unterhandeln.

## Kornilows Revolte im bolschewistischen Urteil.

Stockholm, 15. September. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Zur Vorgeschichte der Generalrevolte berichtet die erste Nummer des in Stockholm erscheinenden bolschewistischen Blattes „Wote der russischen Revolution“ nachstehendes: Auf der Moskauer Staatskonferenz legte Kornilow in seiner Rede ein konkretes reaktionäres Programm vor, in welchem er die Auflösung der Militärkomitees, die Erneuerung der Todesstrafe und die Auflösung der Sowjets forderte. Tschcheidte legte ein anderes Minimalprogramm vor, in welchem bezeichnenderweise kein Wort vom Kampf für den Frieden vorkam. Man glaubte, daß Kerenski einen Mittelweg suchen würde. Tatsächlich wurden aber drakonische Maßregeln getroffen. So wurde beispielsweise das dritte Petrowgrader Bolschewistikblatt unterdrückt. Dann kam der Fall von Riga, an dessen Verlust nicht die Revolutionäre schuld sind, wie die Reaktionen glauben machen möchten, vielmehr liegen Berichte der Armeekomitees vor, welche warnend auf die schwachen Frontstellen hinwiesen. Ähnlich beschuldigen Berichte der Armeekomitees von der galizischen Front das dortige Kommando der böswilligen Sabotage der Verteidigung. Dann kam der Diktaturversuch Kornilows. Dieser ist der Mann der Kadetten, der Mann der Gegenrevolution, wenngleich nicht der zaristischen. Ein bloßes Abenteuer ist ihm nicht zugumuten. Er kommt auf den Anschlag bedeutender Armeeteile rechnen, besonders auf die fremdstämmigen, weiter auf die Kosakendivisionen, sowie auf die Regimenter der reichen Bauerngegenden. Er rechnete wohl auch auf die Michailowitsch-Kerenski bei den Linksrufen. Indes wurden viele mitberühmte Generale, ebenso das Hauptquartier durch die Armeekomitees verhaftet. — Schon vor fünf Tagen begannen die Sowjets die Beratung zwecks Uebernahme der Staatsmacht durch die Sowjets. Von einer vollkommenen sozialistischen Regierung ist keine Rede. Die Linksozialisten werden nicht gegen Kerenski vorgehen, wollen aber auch nicht die Verantwortung der Regierung übernehmen; einweisen sie die Sowjets und Kerenski und bekommen das Uebergewicht in der Regierung; sie bleiben in der Opposition.

## Kornilow über seinen Konflikt mit Kerenski.

„Iltro Kossij“, das Moskauer Blatt, das jetzt wegen seiner Stellungnahme für Kornilow verboten worden ist, veröffentlichte am 25. August einen Bericht seines Berichterstatters aus dem Hauptquartier, wonach die Stimmung in den Offizierskreisen gegen die sozialistische Presse wegen ihrer Angriffe auf Kornilow sehr gereizt sein sollte.  
 Der Berichterstatter hatte Gelegenheit, die Ansicht des Generalissimus selbst über die Möglichkeit seiner Absetzung zu hören. Kornilow sagte in festem und energischem Tone: „Die Frage meiner Absetzung ist infolge einiger Meinungsverschiedenheiten in den Reihen der probitorischen Regierung sehr akut geworden. Mir ist es persönlich gleichgültig, ob ich meinen Dienst als Generalissimus oder als Gemeiner tue, aber ich bin der Ansicht, daß der häufige Wechsel an der höchsten Kommandostelle dem Heere nur schaden kann. Dennoch kann ich mich auf keinerlei Kompromisse einlassen und habe entschieden erklärt, daß ich an den vier Punkten des von mir aufgestellten Programms keinen einzigen Buchstaben ändern werde, da ich nur in harten und energischen Maßnahmen die einzige Möglichkeit sehe, das Heer noch zu retten. Auf diesem Wege sind halbe Entschlüsse absolut ausgeschlossen. Die warme Anteilnahme, die verschiedene Organisationen an der Möglichkeit meiner Absetzung nehmen, rührt mich auf tiefste. Ich empfinde die größte Ehrfurcht gegenüber meinem Posten, aber ich werde ihn auch ruhig verlassen, wenn ein Ersatz für mich gefunden wird, der dieses hohen Postens würdig ist.“

## Die Bestürzung in England.

Genf, 14. September. Die englischen Blätter sehen die Lage in Russland meistens sehr pessimistisch an. „Times“ steht im Leitartikel dem Ausgang der Krisis ratlos gegenüber, und ist sowohl von Kerenski's Aufrichtigkeit wie von Kornilows Selbstlosigkeit überzeugt. Die Aussicht sei sehr düster und wirke auf den Krieg an allen Fronten zurück. „Daily News“ meint, nur ein Wunder könne Russland angesichts des drohenden Bürgerkrieges retten. Kornilow und der um ihn gescharten politischen Gruppe liege mehr an der Vernichtung des Revolutionswerkes als des Feindes, um das alte Regime wiederherzustellen. „Daily Chronicle“ bedauert, daß die Hoffnungen der Alliierten in Russland, die sie auf die Zusammenarbeit Kerenski-Kornilow aufgebaut hätten, zusammengebrochen seien. Ob Kornilows bewegendes Kräfte die gegenrevolutionären Vertreter oder die Nationalpatrioten seien, sei unklar, obwohl die Vorgeschichte für letzteres spreche. „Daily Express“ sieht in Kornilows beabsichtigter Militärdiktatur lediglich eine historische Notwendigkeit, doch habe er am verkehrten Ende angefangen; er hätte erst handeln, dann reden sollen.

## Die innere Gefahr.

Von Eduard David.  
 Die Bührarbeit der annerionistischen Kriegstreiber und innerpolitischen Reaktionäre wird von Tag zu Tag intensiver und struppeloser. Der Burgfriede ist für diese Herren längst abgetan. Die Kampfweise der ganz planmäßig vorgehenden alldeutschen, konservativen und schwerindustriellen Presse stellt alles in Schatten, was jemals früher an Verleumdung politischer Gegner und demagogischer Aufpeitschung der öffentlichen Meinung geleistet worden ist. Der Hauptzielpunkt dieser wüsten Angriffe ist die Reichstagsmehrheit. Sie wird als eine Bande unfähiger oder gewissenloser Kerle hingestellt, die durch ihre „Schmachfriedensresolution“ das Recht verwirrt haben, sich noch länger als Vertreter des deutschen Volkes aufzuspielen.

Es gibt Leute, die meinen, dieses tolle Treiben bringe sich um die eigene Wirkung. Gewiß kann es auf verständig denkende und anständig empfindende Menschen nur abstoßend wirken. Allein es wäre verhängnisvoll, wenn sich diejenigen, denen die Erhaltung der inneren Widerstandskraft unseres Volkes am Herzen liegt, mit diesem Gedanken beruhigen wollten. Die Zahl derer, die nicht selber nachdenken, die sich in ihrem Urteil durch lautes Gerede beeinflussen lassen, ist zu groß, als daß eine solche mit sehr groben Mitteln betriebene Agitation, die tagtäglich, Wochen und Monate hindurch dieselben verlogen und aufpeitschenden Schlagworte in die Öffentlichkeit schleudert, nicht die verhängnisvollste Wirkung und Gegenwirkung haben dürfte.

Die Reichstagsmehrheit und mit ihr alle Anhänger einer auf baldige Herbeiführung eines Verständigungsfriedens gerichteten Politik befinden sich in einer schwierigen Lage. So gut begründet die Sache ist, so sehen sie sich doch in der öffentlichen Darlegung dieser Gründe gehemmt. Was sie in vertraulicher Erörterung an Material und logisch zwingenden Gründen anführen können, um die alldeutschen Kraftsprüche als hohle Nebensarten und gewisse todsichere Voraussetzungen als trügerische Illusionen nachzuweisen, kann vor der Öffentlichkeit nicht oder doch nicht mit der nötigen Deutlichkeit ausgesprochen werden. Und ebenso wenig ist eine nüchterne, streng wahrheitsgemäße Darlegung innerer Verhältnisse bei uns und anderwärts möglich.

Angesichts dessen ist es eine geradezu perfide Unterstellung, den Mehrheitsvertretern im Hauptausschuß des Reichstags vorzuwerfen, sie getrauten sich mit ihren Gründen nicht vor die Öffentlichkeit. Das Gefühl der Schwäche sei der Grund, weshalb sie es vorzügen, hinter geschlossenen Türen zu verhandeln. Es entspricht wahrhaftig nicht der Meinung der hier in Betracht kommenden Parlamentarier, unter Ausschluß der Öffentlichkeit zu wirken. Nur unter dem harten Zwang der Kriegszeit fügt man sich in das Unvermeidliche. Sollen diese Verhandlungen sich nicht an der Oberfläche der Dinge bewegen, sollen sie eine wirklich ernsthafte Prüfung der Lage, eine rückhaltlose Erörterung der Entwicklungen und eine klare Herausstellung notwendiger Vorbeugungen sein, so heißt das Interesse des Landes in vielen Fällen gebieterisch Geheimhaltung. Freilich ist dies öfter über das Maß des Notwendigen beim Ausschluß der Öffentlichkeit hinausgegangen worden. Aber daran sind nicht die Abgeordneten, sondern die Vertreter der Regierung schuld, die den Gang haben, möglichst alles „vertraulich“ zu behandeln.

In den Verhandlungen des Hauptausschusses haben die annerionistischen Illusions- und Gewaltpolitiker täglich abgeschnitten. Sie sind dort sehr kleinlaut geworden. Keiner wollte sich verantwortlich gemacht sehen für die Großsprechereien und kühnen Verheißungen der alldeutschen Presse und Flugchriftenliteratur.

Betrachteten wir die Sache nur vom Standpunkt parteipolitischen Denkens, wahrhaftig, lieber heute als morgen möchten wir die gründliche Abrechnung mit den annerionistischen Phantastereien vor aller Öffentlichkeit wiederholen. Niemand empfindet es schmerzlicher als wir, daß es uns zurzeit unmöglich ist, ihnen das nötige Scheidewasser der Wahrheit in den Wein zu gießen, an dem sich die annerionistischen Schreier bis zur Einbuße des letzten Restes von gesundem Verstand berauschen.

Ganz sicher scheinen die alldeutschen Propheeten und Gewaltphantasten allerdings dessen nicht zu sein, daß ihre Artikel und Reden die genügende Durchschlagskraft bei der Bevölkerung haben. Sie verlangen immer lärmischer, die Regierung soll ihnen helfen, das deutsche Volk zum alldeutschen Wahnsinn zu bekehren. Die ihnen zuteil werdenden Förderungen durch gewisse Stellen genügen ihnen nicht, sie fordern die Reichsleitung auf, den ganzen amtlichen Apparat in den Dienst der „Aufklärung“ gegen die Propaganda des „Berzichtigens“ zu stellen. Diese Forderung können die

regierenden Männer freilich unmöglich erfüllen. Die Doffentlichkeit im Sinne der alldeutschen Illusionen ausfüllen, hieße nichts anderes als unser Volk gröblichst belügen. Das können sich die wilden Männer in der alldeutschen Presse leisten. Verantwortliche Staatsmänner aber dürfen das doch nicht wagen.

Desswegen glauben die alldeutschen Unterminister der inneren Einheit dem neuen Reichsfanzler sogar die Pflicht der Führerschaft bei ihrem verderblichen Treiben zuweisen zu dürfen. In der vor einigen Tagen von der Berliner Ortsgruppe des alldeutschen Verbandes unter Führung des Landtags-Abgeordneten Baumeister angenommenen Entschliessung wird die Bekämpfung der allzu stark gewordenen inneren Feinde, wer immer sie sein mögen, als Gebot der Stunde verkündet. Dann heißt es in diesem unglaublichen Dokument fanatischer Verblendung wörtlich weiter:

„Wir geloben, Eurer Erziehung als die getreuesten Helfer und Schrittmacher in diesem gewiß heißen Kampfe gegen Unverstand, Niedertracht und Verrat zur Seite zu treten, sobald der Ruf zum Kampfe gegen den Umsturz, der schon allzu frech sein kann, erhebt, ertönt. Aber wir sind der Meinung, daß der Kampf nur zu Gutmütigkeit und Angriff führt, (sich bald er folgen muß, wenn nicht das ausgebreitete Gift um sich fressen und die innere Wiedergeburt des deutschen Volkes gefährden soll. Es gibt mit diesem inneren Feinde so wenig einen „Verständigungsfrieden“ wie mit dem äußeren. Ein fester Griff mit eiserner Faust tut not. Aber der wird auch hier Wunder wirken!“

Die Verfasser sagen nicht, was sie mit dem „festen Griff mit eiserner Faust“ meinen. Wollen sie damit den Rat zum Staatsstreich, zur verfassungswidrigen Ausschaltung des Reichstages bei der Mitbestimmung der äußeren und inneren Politik geben? Dann sei ihnen gesagt, daß diejenigen, die in dieser Zeit den Rat zur Revolution von oben geben, ein verbrecherisches Spiel mit dem Schicksal des Deutschen Reiches treiben. Nur ein Staatsmann, der nach dem Ruhm eines Herostratos strebt, könnte ihn befolgen. Es ist schwer zu glauben, daß Leute mit normalem Hirn auf einen solchen Ratschlag verfallen.

Soll aber mit jener Drohung die Reichsleitung nur zur Auflösung des Reichstages ermuntert werden, so ist's uns recht. So gewichtige Bedenken einem Wahlkampf inmitten des Krieges entgegenstellen, besser offener Kampf und Märgung der Situation als die Fortdauer einer solchen gemeingefährlichen Wählererei. Die Mehrheit des Parlaments könnte eine solche Volksabstimmung über den Verständigungsfrieden und die Neuorientierung nur begründen. Die gemeinsame Parole gegen amnestionsistische Kriegsverlängerer und innerpolitische Reaktionäre schließt eine klare Aufmarschlinie, und die alldeutsch-konservativ-reaktionäre Stippstaffel würde die Höhengämmerung erleben, die sie verdient.

So vielfältig die Namen der Zeitungen, Organisationen und Stammtischgruppen auch sind, die jetzt einen so betäubenden Lärm in der innerpolitischen Arena aufhören, es sind immer dieselben Leute. In der neuen Leipzig-Kappischen Kriegspartei haben sie sich nun auch eine gemeinsame Rahmenorganisation geschaffen. Die Herren haben die Dreifigkeit, sich „Deutsche Vaterlandspartei“ zu nennen. Wenn je ein Name zu Unrecht beansprucht wurde, so dieser. Nicht dem deutschen Vaterlande, sondern seinen Feinden dienen die Bestrebungen der Herrschaften, die sich hier zusammenfinden.

In dreifacher Hinsicht besorgen sie die Geschäfte der „Lond George, Poincaré usw.“. Erstens liefern sie ihnen unablässig das wertvollste Agitationsmaterial, um die Kriegsstimmung in den feindlichen Ländern hochzuhalten. Die alldeutschen Reden und Broschüren dienen drüber dazu, die Notwendigkeit der völligen Niederzwingung des „deutschen Raubstaates“ immer wieder aufs neue nachzuweisen und die Friedensströmungen niederzuhalten. Dieser einfache Sachverhalt kann den Alldeutschen nicht verborgen geblieben sein. Wenau wie sie sich selbst jeder auf Niederschmetterung und Verhöhnung Deutschlands ausgehenden Neuherung feindlicher Politiker bedienen, um ihre eigene Lösung „Arieg bis zum Ankersten“ zu begründen, so geschieht das umgekehrt drüber. Wenn heute fast die ganze Welt gegen Deutschland steht und auch in den neutralen Ländern die Stimmung für uns sehr zweifelhaft ist, so ist dies in erster Linie der alldeutschen Propaganda vor und während des Krieges zuzuschreiben.

Zum zweiten leisten die Männer der „Deutschen Tageszeitung“ und ihre Anhänger unseren Feinden die wertvollsten Hilfspunkte dadurch, daß sie ihren Schild halten über die agrarischen Lebensmittelvertreuer. Sie sind es, denen keine Höchstpreise für landwirtschaftliche Produkte hoch genug sind, und die sie sich einer durchgreifenden Organisation überall in den Weg gestellt haben. Auf ihr Konto fällt ein gerütteltes Maß Schuld daran, daß es um die Ernährung der städtischen Bevölkerung heute viel schlechter bestellt ist, als dies infolge der englischen Absperrung zu sein brauchte. Wenn Hunderttausende und Millionen heute jede Hoffnung auf Besserung dieser Verhältnisse verloren haben, wenn ihre durch Entbehrung geschwächten Nerven zu versagen drohen und sie sich bitterster Sorge hingeben, so trifft die Verantwortung mit die Vorkämpfer der agrarischen Interessen. Daß sie mit dieser Politik die Wirkungen der englischen Auslieferungspolitik außerordentlich verschärfen, liegt auf der Hand.

Zu dieser Schwächung der physischen Durchhaltekraft kommt die Schädigung des seelischen Willens zum Zusammenhalten in der Masse unseres Volkes. Das ist die dritte Hilfspunkte, die die alldeutschen Reaktionäre den feindlichen Staatsmännern leisten. Jeder fortschrittlichen Forderung auf sozialem und politischem Gebiet treten sie mit drohender Gebärde im Namen überkommener Privilegien entgegen. Mehr noch als der Verständigungsfrieden ist ihnen die Neuorientierung ein Schreck und Grauel. Dem deutschen Volke, das in diesem Kriege so Ungeheures geleistet, das draußen wie in der Heimat für die Erhaltung des Ganzen Leben, Gesundheit und wirtschaftliche Existenz opfert, mühen sie zu, daß es auch weiterhin ohne entscheidenden Einfluß auf die Leitung seiner Geschicke bleiben und sich wie ein unwilliges Kind führen lassen solle. So verhindern sie das Aufkommen jeder großen vaterländischen Begeisterung für ein neues, schöneres und freieres Deutschland und säen statt dessen die Saat des Mißtrauens, der Verbitterung und des Hasses in die Herzen des arbeitenden Volkes.

Hinauszichung des Krieges durch Aufweitung des Kriegswillens der feindlichen Mächte und zugleich Schwächung der physischen Durchhaltekraft und Erhöhung des Gemeinschaftsgefühls im eigenen Lande — das ist das praktische Programm der neuen

## Englischer Teilangriff bei St. Julien — Höhe östlich des Chaume-Waldes erstürmt — Ruhe im Osten.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 15. September 1917. (W. L. S.)

### Westlicher Kriegsschauplatz.

#### Seezugsgruppe Kronprinz Rupprecht.

In einzelnen Abschnitten der flandrischen Front steigerte sich abends wieder die Kampfaktivität der Artillerie.

Dem Trommelfeuer vom 14. September vormittags folgte bei St. Julien ein englischer Teilangriff, der im Gegenstoß zum Scheitern gebracht wurde. Eine Anzahl Engländer wurde gefangen einbezogen.

#### Seezugsgruppe Deutscher Kronprinz.

Am Winterberg bei Craonne holten Stoßtrupps eines badiischen Regiments bei einer Erkundung Gefangene aus den französischen Gräben.

An der Straße Somme-Py-Souain brachen die Franzosen zweimal ohne Feuertvorbereitung gegen unsere Stellung vor. Eingedrungenen Feind wurde durch Gegenangriff der Bereitschaften sofort geworfen; Gefangene blieben in unserer Hand.

Auf dem Ostufer der Maas führten nach kurzer Feuerwirkung Teile einer kampfbewährten badiischen Division die Höhe östlich des Chaume-Waldes. Der Feind leistete zäh Widerstand, der im Nahkampf gebrochen wurde. Ueber 300 Franzosen wurden gefangen. Die blutigen Verluste des Gegners erhöhten sich noch durch ergebnislose Gegenangriffe.

Leutnant v. Bülow schloß den 20. Gegner im Luftkampf ab.

### Oestlicher Kriegsschauplatz.

Bei geringer Kampfaktivität blieb die Lage überall unverändert.

#### Mazedonische Front.

Keine größeren Kampfhandlungen.

Der Erste Generalquartiermeister, Lubendorf.

### Abendbericht.

Berlin, 15. September 1917, abends. Amtlich.

In Teilen der flandrischen Front und südöstlich von Arras lebhafteste Geschichtstätigkeit. Vom Osten nichts Neues.

### Der österreichische Bericht.

Wien, den 15. September 1917. (W. L. S.) Amtlich wird verlautbart:

Auf dem östlichen Kriegsschauplatz und in Albanien keine besonderen Ereignisse.

An der Isonzo-Front lebt die Kampfaktivität wieder auf. Südlich von Selo am Isonzo sind mehrere italienische Vorstöße gescheitert. Auf dem Monte San Gabriele liegt schweres Geschützfener. Teilangriffe der Italiener sind abgelehnt.

Die Zahl der im August an der Südwestfront abgeschossenen Flieger beträgt 32. Wir verloren in derselben Zeit 11 Flugzeuge.

Der Chef des Generalstabes.

Partei mit dem verlogenen Namen. Ihren Kern bilden berufsmäßige, großagrarisches und schwerindustrielle Kriegsinteressen in innigem Verein mit den Vertretern feudaler und bürokratischer Nachprivilegien. Dahinter ein Schweif von naiven Gewaltideologen, gelehrten Ignoranten und anderen politischen Rindsköpfen. So verschiedener Stellung und Herkunft die Herrschaften sein mögen, mit vereintem Bemühen liefern sie den Kriegstreibern drüber das nötige Agitationsmaterial für die Fortsetzung des Krieges „à outrance“. Einmütig sind sie bestrbt, die Furcht der feindlichen Völker vor dem deutschen Werwolf wach zu halten und ihre Hoffnung auf die Ausschöpfung und die innere Selbstzerfleischung des Untiers zu beleben.

Und diese Hilfstruppe unserer Feinde hat die Stirn, das Patent besonderer vaterländischer Gesinnung für sich zu beanspruchen. Sie besitzt die Dreifigkeit, jeden als „inneren Feind“ zu bezeichnen, der ihrem verderblichen Treiben in den Weg tritt. Sie bringt den moralischen Mut auf, sich den Leitern des Staates als Schutztruppe höchster nationaler Güter zu empfehlen. Das deutsche Volk mühte sein Antlitz vor Scham verhüllen, wenn das deutlich sein sollte, was sich in dem Treiben der alldeutschen Maulhelden, Interessenpolitiker und Intriganten offenbart. Ihr Gebaren ist eine Schändung deutschen Befens vor dem In- und Ausland. Es beweist, wie tief der Krieg Moral und Gewissen derer zerstört, deren politische Motive materielle Sonderinteressen und Nachvorrechte sind.

## Der Luxburg-Skandal.

### Luxburg die Pässe zugestellt.

Berlin, 15. September. (W. L. S.) Der argentinische Gesandte überreichte heute im Auswärtigen Amt eine Note, in der er im Auftrage seiner Regierung die Mitteilung machte, daß Graf Luxburg infolge der in seinen Telegrammen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen aufgehört hätte, persona grata zu sein und daß ihm infolgedessen die Pässe zugestellt wurden. Nach gleichzeitiger Neuherung des argentinischen Gesandten richtet sich die getroffene Maßnahme ausschließlich gegen die Person des Grafen Luxburg.

Es bestätigt sich damit, daß Graf Luxburg von der argentinischen Regierung die Pässe zugestellt erhielt, zu deutsch, hinausgejagt wurde, noch ehe ihn der Austrag der deutschen Regierung erreichte, zur persönlichen Verhinderung nach Berlin zu kommen. Die Regierung hätte sich diese Schande ersparen können, wenn sie unter Verzicht auf alle Heimlichkeit rasch die notwendigen Folgerungen gezogen und den unmöglich gewordenen Diplomaten abberufen hätte.

Daß Herr Michaelis bei seiner völligen Unerfahrenheit in diplomatischen Dingen, der Lage nicht gerecht werden konnte, verwundert weiter nicht. Auf Freiherrn v. Kühle- mann aber hatte man als erfahrenen und tüchtigen Diplomaten Hoffnungen gesetzt. Es ist hart zu sagen, daß sie bei der ersten Probe enttäuscht worden sind.

### Deutschfeindliche Kundgebungen.

Buenos Aires, 15. September. (Meldung der Agence Havas.) Graf Luxburg, der von Cordoba kam und eine feindliche Kundgebung auf dem Bahnhof von Buenos Aires besuchte, stieg auf dem Bahnhof von St. Martin, 20 Kilometer vor Buenos Aires, unter dem Schutze der Behörden aus. Die Presse billigt einmütig die Haltung der Regierung.

Hierauf wurden die Geschäftshäuser der deutschen „La Plata-Zeitung“ zerstört. Vor dem Gebäude des deutschen Klubs kam es zu wilden Szenen. Der Mob warf die Scheiben ein, drängte die Polizei zurück, stürmte das Gebäude, zertrümmerte die Einrichtung und warf die Trümmer auf die Straße. Das Haus wurde in Brand gesetzt. Die Feuerwehre vermochte das Feuer aber bald zu löschen. Vor der deutschen Gesandtschaft blieb die Menge eine halbe Stunde. Als es hieß, daß sich ein Kranker in dem Gebäude befinde, zog sie ab. 7 Bürger und 3 Schutzmänner wurden verwundet. Der Oberkommissar der Polizei hat alle weiteren Zusammenrottungen verboten.

London, 14. September. „Central News“ zufolge erzählt „Daily Chronicle“ aus Buenos Aires über die bereits kurz gemeldeten deutschfeindlichen Kundgebungen, daß der Mob im Gebäude der deutschfreundlichen Zeitung „La Union“ die Fensterhebel einwarf, aber von der Polizei verhindert wurde, in das Gebäude einzudringen.

### Lansing enthüllt weiter!

Eine Nachricht, die nach den bisherigen Erfahrungen Herzbeben verursachen muß, veröffentlicht W. L. S. Sie lautet:

Berlin, 15. September. Reuter verbreitet einen von dem amerikanischen Staatsdepartement veröffentlichten angeblichen Bericht des deutschen Gesandten in Mexiko, der sich mit der Person des dortigen schwedischen Geschäftsträgers befaßt. Dieser Bericht ist an Berliner amtlichen Stellen nicht bekannt.

Es erheben sich die Fragen: Welches Interesse hat das amerikanische Staatsdepartement an der Veröffentlichung? Was hat der deutsche Gesandte in Mexiko über den schwedischen Geschäftsträger berichtet? Warum teilt Wolff den von Reuter verbreiteten Text nicht mit?

## Die Zukunft Polens.

### Kaiserlicher Erlaß an den Generalgouverneur von Warschau, General von Vefeler.

Mein erlauchter Bundesgenosse, Seine K. u. K. Apostolische Majestät, und Ich haben Uns zu einem weiteren Ausbau des polnischen Staatswesens, für das Wir durch die Proklamation vom 5. November 1916 den Grund gelegt haben, entschlossen. Der harte Kriegszustand gestattet leider noch nicht, daß ein König die alte, polnische Krone zu neuem Glanz erweckt und daß eine aus allgemeinen und unmittelbaren Wahlen herorgegangene Volksvertretung ihre Beratungen zum Wohle des Landes aufnimmt. Dagegen wollen Wir schon jetzt die Staatsgewalt in der Hauptfrage in die Hände einer nationalen Regierung legen, während die Rechte und Interessen des Volkes einem neuen, erweiterten Staatsrat anvertraut werden sollen. Den Okkupationsmächten werden in wesentlicher Uebereinstimmung mit den Anträgen der Vertrauensmänner des Landes nur jene Befugnisse vorbehalten, die der Kriegszustand erfordert.

Nach erhoffe, daß dieser neue, auf der Bahn zur Verwirklichung eines selbständigen polnischen Staates getane Schritt sich in seiner weiteren Auswirkung als legendreich erweisen und dazu führen wird, daß das durch die russische Herrschaft so lange in seiner freiheitlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung gewaltig zurückgehaltene Land durch die eigene Kraft seiner Bürger und den freien, selbst gewählten Anschluß an die in treuer Freundschaft zu ihm stehenden Mittelmächte einer friedlichen und gesegneten Zukunft entgegengeht.

Demgemäß beauftrage Ich Sie, das angegeschlossene Patent, betreffend die Staatsgewalt im Königreich Polen, gemeinsam mit dem K. u. K. österreichisch-ungarischen Militär-gouverneur in Lublin zu erlassen.

Großes Hauptquartier, den 12. September 1917.

ges. Wilhelm I. K.

Auf Grund dieses Erlasses, der ähnlich auch vom österreichischen Kaiser an den Grafen v. Szeptycki ergangen ist, haben beide Generalgouverneure gemeinsam einen Erlaß an die geschäftsführende Kommission des Polnischen Staatsrats gerichtet, in dem gelagt wird, daß der Regentchaftsrat als ein geeignetes Mittel betrachtet werde, die künftige Monarchie vorzubereiten. Es wird betont, daß der Staatsrat in neuer erweiterter Gestalt und mit vermehrten Rechten wiederaufleben solle. Der Staatsrat solle in Zukunft auf dem Gebiet der Gesetzgebung nicht nur eine beratende, sondern eine beschließende Stimme haben.

Im Anschluß an diesen Erlaß veröffentlichten die beiden Generalgouverneure folgendes

### Patent vom 12. September 1917,

#### betreffend die Staatsgewalt im Königreich Polen.

Artikel 1. 1. Die Oberste Staatsgewalt im Königreich Polen wird bis zu ihrer Hebernahme durch einen König oder Regenten unter Wahrung der österreichischen Stellung der Okkupationsmächte einem Regentchaftsrat übertragen.

2. Der Regentchaftsrat besteht aus drei Mitgliedern, die von den Monarchen der Okkupationsmächte in ihr Amt eingesetzt werden.

3. Die Regierungssache des Regentchaftsrates bedürfen der Gegenzeichnung des verantwortlichen Ministerpräsidenten.

Artikel II. 1. Die gesetzgebende Gewalt wird vom Regentchaftsrat unter Mitwirkung des Staatsrates des Königreichs Polen nach Maßgabe dieses Patentes und der hiernach zu erlassenden Gesetze ausgeübt.

2. In allen Angelegenheiten, deren Verwaltung der polnischen Staatsgewalt noch nicht überlassen ist, können gesetzgeberische Anträge nur mit Zustimmung der Okkupationsmächte im Staatsrat behandelt werden. In diesen Angelegenheiten kann neben den nach Ziffer 1 bezeichneten Organen des Königreichs Polen bis auf weiteres auch der Generalgouverneur, jedoch nur nach Anhörung des Staatsrates, Verordnungen mit Gesetzeskraft erlassen. Außerdem kann der Generalgouverneur zur Wahrung wichtiger Kriegsinteressen die unabweislich notwendigen Anordnungen mit Gesetzeskraft erlassen sowie ihre verbindende Ausführung und Durchführung auch durch Organe der Polnischen Staatsgewalt verfügen. Die Verordnungen des Generalgouverneurs können nur auf demselben Wege, auf dem sie erlassen sind, aufgehoben oder abgeändert werden.

3. Gesetze sowie Verbindungen der polnischen Staatsgewalt, die Rechte und Pflichten für die Bevölkerung begründen sollen, müssen dem Generalgouverneur der Okkupationsmacht, in deren Verwaltungsgebiet sie in Kraft treten sollen, vor ihrer Erlassung zur Kenntnis gebracht werden und können nur bindende Kraft erlangen, wenn dieser nicht dagegen innerhalb 14 Tagen nach Vorlage Einspruch erhebt.

Artikel III. Der Staatsrat wird nach Maßgabe eines besonderen Gesetzes gebildet, das der Regenschaftratsrat mit Zustimmung der Okkupationsmächte erläßt.

Artikel IV. 1. Die Aufgaben der Rechtsprechung und Verwaltung werden, soweit sie der polnischen Staatsgewalt überlassen sind, durch polnische Gerichte und Behörden, im übrigen für die Dauer der Okkupation durch die Organe der Okkupationsmacht ausgeübt.

2. Der Generalgouverneur kann in Angelegenheiten, die die Rechte oder Interessen der Okkupationsmacht betreffen, die Überprüfung der Gesetz- und Rechtsmäßigkeit von Entscheidungen und Verfügungen der polnischen Gerichte oder Behörden im geschäftlichen Instanzenzuge veranlassen und bei der Schöpfung des Urteils oder der Entscheidung in oberster Instanz die betroffenen Rechte oder Interessen durch einen Vertreter geltend machen.

Artikel V. Die völkerrechtliche Vertretung des Königreichs Polen und das Recht zum Abschluß internationaler Vereinbarungen können von der polnischen Staatsgewalt erst nach Beendigung der Okkupation ausgeübt werden.

Artikel VI. Dieses Patent tritt mit der Einsetzung des Regenschaftrates in Kraft.

Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ versteht diese amtlichen Meldungen mit einem längeren Kommentar, aus welchem folgender Satz besondere Hervorhebung verdient:

In welchen Grenzen, in welchen endgültigen Formen und Zusammenhängen das Staatsleben im Gebiete der derzeitigen Generalgouvernements schließlich seine dauernde Gestaltung finden wird, entscheidet sich erst beim Friedensschlusse; dann erst werden allgemein die wechselseitigen staatlichen Verbindungen, Beziehungen und Orientierungen in Europa eine feste Zukunftsgrundlage erhalten.

Dieser Satz enthält eine ungemollte, darum aber nur noch schärfere Kritik der bisher in Polen unternommenen Schritte und auch der neuesten Erlasse. Es ist nur recht und billig, wenn den Polen während des Krieges nationale Selbstverwaltung gewährt wird und wenn die Mittelmächte den Polen versprechen, bei den künftigen Friedensverhandlungen kräftig für ihre Rechte einzutreten zu wollen. Darüber hinaus einseitige Bindungen zu schaffen, ist unmöglich, und darum muß alles, was jetzt in Polen geschieht, als etwas Vorläufiges betrachtet werden.

Angeht die Haltung, die die russische Regierung einnimmt, ist es so gut wie gewiß, daß es bei den Friedensverhandlungen gelingen wird, eine Lösung der polnischen Frage zu finden, die den Wünschen der Polen nach nationaler Selbstverwaltung gerecht wird. Ueber die Formen, in welchen diese Wünsche ihre Erfüllung finden werden, über Staatsform und Zugehörigkeit zu größeren Reichsverbänden oder vollständige staatliche Selbständigkeit läßt sich zurzeit noch nichts Endgültiges sagen. Das wird erst auf der Friedenskonferenz gesehen können. Darum sollte man auch den Schein vermeiden, als ob man den Polen bezüglich ihrer Staatsform und ihres Anschlusses an die eine oder die andere Seite Vorschriften machen wollte.

Das deutsche Interesse verlangt gebieterisch eine Lösung der polnischen Frage, die zwischen dem deutschen und dem russischen Volk keinen Stachel zurückläßt. Lieber als eine Freundschaft, die bis an die Weichsel reicht, muß uns eine Freundschaft bis an den Stillen Ozean sein. Diese wie jene läßt sich aber nur auf dem Boden vollständiger Freiwilligkeit gewinnen.

Keine Annexionen, Selbstbestimmungsrecht der Völker — damit ist die Richtlinie auch für die Lösung des polnischen Problems gegeben. Gegen den Irredentismus gibt es aber nur ein Mittel: die Polen, die nach dem Kriege mit anderen Völkern in staatlicher Gemeinschaft haufen werden, müssen so frei sein wie die Deutschen, die Franzosen oder die Italiener in der Schweiz. Die Befreiung der Polen und die Ausgleichung deutsch-russischer Gegensätze kann nur erfolgen durch einen Frieden im Geiste der Demokratie!

Die „Germania“ schreibt: Der Staatsrat kann unter den augenblicklichen Verhältnissen zwar noch nicht aus allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlen hervorgehen, er wird aber auf Grund des zu erlassenden Gesetzes gewählt werden und etwa 100 Mitglieder umfassen. Die Persönlichkeiten für den Regenschaftratsrat und den Posten des Ministerpräsidenten stehen noch nicht fest. Man nimmt aber als bestimmt an, daß der Erzbischof von Warschau Sakowski den Vorsitz im Regenschaftratsrat führen wird. Als zweites Mitglied darf man wohl den Fürsten Lubomirski betrachten. Für die dritte Stelle nennt man den Grafen Ostrowski oder Staatsanwalt Rimowski. Als Ministerpräsidenten wünschen viele den früheren österreichischen Botschafter in Washington Grafen Adam Tarnowski, doch kommen auch noch andere Persönlichkeiten in Frage.

Die alldeutsch-konfervative Presse kommt vom Standpunkt ihrer „Machtpolitik“ und ihres grundsätzlichen Völkerverhosses aus zu einer Ablehnung der neuen Beschlüsse, die nach ihrer Auffassung ein viel zu weites Entgegenkommen an die polnischen Wünsche zeigen.

## Stockholm.

### Ein entlarvter Saboteur.

Kopenhagen, 15. September. Der Stockholmer Vertreter des Blattes „Socialdemokraten“ meldet: Die russischen Delegierten beschuldigen Havelock Wilson, im Dienste des englischen Imperialismus mit kapitalistischen Mitteln an der Bereitung der Abreise der Friedensdelegierten nach Stockholm zu arbeiten. Das russisch-holländisch-skandinavische Komitee protestiert dagegen einstimmig.

### Ein Manifest des neutralen Konferenzkomitees.

#### Die Schuld der lauen Freunde.

Stockholm, 15. September. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Das holländisch-skandinavische Konferenzkomitee schloß gestern in einer Abend Sitzung seine Verhandlungen mit der Fertigstellung eines Manifests über die Situation der Konferenz. Das Manifest erscheint Montag.

Ueber die Schwierigkeiten, die der Feststellung des Manifests entgegenstanden, teilt uns unser Berichtshatter mit: Die Schwierigkeiten liegen in der Vorlegung eines aus verschiedenen Remotanden destillierten Friedensprogramms, gegen welches grund-

sätzliche Bedenken geäußert werden, da durch dieses Verfahren leicht das Gegenteil der Absicht erreicht werden könnte und neue Hindernisse der Einigung geschaffen sowie das neutrale Komitee selbst in den Parteistreit hineingezogen werden könnten. Tatsächlich liegen die Hindernisse der Konferenz nicht im mangelnden Ausgleich zwischen den Friedensprogrammen der verschiedensten Parteien, und nicht nur in der Bahverweigerung, sondern namentlich in dem derzeit noch mangelnden Willen einiger Parteien zur Friedenskaktion. Es besteht hier die Befürchtung, daß die Verteilung dieser Tatsache durch ein dekoratives Programm die Enttäuschung großer Massen über den Verlauf des Konferenzunternehmens nicht beheben würde, dagegen die künftigen Bemühungen erschweren könnte. Unleugbar wirken auch die französischen und russischen Ereignisse zunächst ungünstig auf die guten Aussichten der Konferenz ein. Die französische Regierung Painlevé ist entschieden gegen Stockholm und Ribot ist der Urheber der Bahverweigerung sowie ein stiller Anhänger des Annexionsismus, andererseits ist noch ungewiß, ob das Ausschneiden Thomas aus der Regierung den Kampf der sozialistischen Fraktion gegen die bürgerliche Kriegspolitik oder für eine radikalere ministerielle Kombination mit stärkerer sozialistischer Vertretung erleichtert. Immerhin läßt die abwartende Haltung der Sozialisten die Vermutung zu, daß die Vollstimmung der Sozialisten von der weiteren Mitverantwortung abtät. In Rußland hingegen nehmen die Regierung und die Sowjets immer patriotischeren Charakter an; auch tragen sie den Urheber des Generalputsches an, einen Sonderfrieden anzustreben. Tatsächlich schrieb die „Kowoje Wremja“ vor der Erstierung des Generals Kornilow wörtlich: „Wozu sollen wir kämpfen in einer Situation, bei der wir in größter Gefahr sind, sozialisiert zu werden? Der Bürger und die Bourgeoisie verstehen sehr gut, daß es ihnen unter der deutschen Herrschaft nicht schlechter ginge als unter jener der revolutionären Demokratie.“ Die Sowjets beschloßen, an einer Konferenz, an welcher Engländer und Franzosen unvertreten sind, nicht teilzunehmen. Dieser Beschluß veranlaßte die Sowjetdelegierten in Stockholm, auf kein baldiges Konferenzdatum hinzuwirken.

### Abreise der russischen Delegierten.

Stockholm, 15. September. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Heute sind die Delegierten des Sowjets heimgereist mit Ausnahme von Goldenberg, welcher zur Leitung des Sowjet-Bulletins hier bleibt.

### Caillaux und Painlevé.

Aus der Vorgeschichte des Ministeriums Painlevé ist den Pariser Blättern zufolge die folgende wichtige Tatsache nachzutragen: Mittwoch nachmittag begaben sich 4 Delegierte des äußersten Flügels der radikalen Sozialisten, darunter die Abgeordneten Caillaux und Renoult, zu Painlevé und teilten ihm mit, ihre Anhänger seien mit dem Eintritt Renoult als Staatsminister ohne Portfeuille in das Kabinett nicht einverstanden, und wünschten die Ernennung Renoult zum Minister des Innern. Nachdem die sozialistische Gruppe die Beteiligung an dem Ministerium abgelehnt hatte, beschloßen die Parteifreunde Caillaux und Renoult mit 35 gegen 4 Stimmen (die radikal-sozialistische Fraktion zählt 167 Mitglieder) sich an der Kabinettsbildung nicht zu beteiligen. Der Abgeordnete Renoult teilte diese Entscheidung Painlevé mit, sowie auch den radikal-sozialistischen Kandidaten Desnard, Renard, Vincent und Long, die in die Kammer zurückkehrten und mit den Mitgliedern ihrer Gruppe berieten. Alle radikal-sozialistischen Kandidaten, mit Ausnahme Renoult, beschloßen, auf die Entscheidung der 35 keine Rücksicht zu nehmen, nachdem sie einmal Painlevé ihre Zustimmung gegeben hatten.

### Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 14. September. Amtlich. Im Sperrgebiet um England wurde wiederum eine größere Anzahl Handelschiffe und einige Fischerfahrzeuge mit insgesamt

#### 22 000 Br.-Reg.-To.

durch die Tätigkeit unserer U-Boote vernichtet, darunter der belgische bewaffnete Dampfer Elizabethville (7017 To.) mit Del in Fässern vom Kongo nach Palmout, ein französischer Segler mit Kohlen nach Nantes, ein Dampfer mit Erdnüssen von Dalar nach Dänkirchen, ein unbekannter, beladener, in Sicherung fahrender Dampfer, ferner der belgische Fischkutter Joanoit, die englischen Fischkutter Unity und Rosary. Von einem der U-Boote wurde am 5. September im Nachtangriff in der Nähe der englischen Ostküste ein Kriegsfahrzeug vom Aussehen des Torpedo-Ramonenbootes Halcyon torpediert. Detonation des Torpedos wurde einwandfrei beobachtet. Ein anderes U-Boot erzielte am 9. September im Kermelkanal einen Torpedotreffer auf einen kleinen Kreuzer der Arabis-Klasse. Durch eine unmittelbar auf den Treffer folgende Munitionsexplosion wurde das Achterschiff des Kreuzers dicht hinter dem Großmast vollständig abgerissen; Sinken der beiden Schiffe konnte von den betreffenden U-Booten nicht beobachtet werden.

#### Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Berlin, 14. September. Aus von einem unserer U-Boote erbeuteten Papieren eines englischen Schiffes geht hervor, daß in England sehr großer Mangel an Steuerleuten für die Handelschiffe herrscht. Auf einem Dampfer mußte ein Mann von 73 Jahren als zweiter Steuermann angestellt werden.

Berlin, 15. September. Amtlich. Neue U-Boot-Erfolge im Kermelkanal: 4 Dampfer und 1 Segler mit rund

#### 20 000 Br.-R.-To.

Die Dampfer waren sämtlich bewaffnet, einer davon ein Landdampfer. Der Segler hatte 1400 Tons Del, Reis und Stückgut nach Le Havre geladen.

#### Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

### Ein neuer deutscher Schlachtkreuzer.

Berlin, 15. September. Der heute in Danzig vom Stapel gelassene große Kreuzer hat den Namen Graf Spee erhalten.

### Der Mitgliederbestand der sozialdemokratischen Partei.

Die konservativ-alldeutsche Presse ergeht sich in hämischen Betrachtungen über den „Mitgliederschwund“ der sozialdemokratischen Partei, der aus dem Bericht des Parteivorstandes an den Würzburger Parteitag hervorgeht. Es ist unseres Wissens das erste Mal seit Kriegsausbruch, daß an den Mitgliederabgang einer Organisation ein solcher Maßstab der Kritik gelegt wird, wie hier. Auf das „vaterländische Empfinden“ der Gegner wirkt es ein recht eigenartliches Licht, wenn sie über „Mitgliederschwund“ höhnen, wo sie

doch ganz genau wissen, wohin diese Mitglieder verschwinden sind: in die Massengräber vor Verdun und in den Karpaten, in die Schützengräben von der Ostsee bis zu den Alpen und von der Donau bis zur Duna. Die „Deutsche Tageszeitung“ wird zum Beispiel gewiß den unzweifelhaft gleichfalls vorhandenen Mitgliederabgang des Bundes der Landwirte als ein Zeichen dafür feiern, welche Opfer die Landwirtschaft dem Vaterlande gebracht hat. Bei der Sozialdemokratie höhnt man über „Mitgliederschwund“.

Des weiteren wird die Frage erlaubt sein, welche politische Organisation unter den gegenwärtigen Umständen einen höheren Mitgliederbestand aufzuweisen hat als eine runde Viertelmillion. Wenn es eine gibt, mag sie sich melden. Wenn es aber keine gibt, so soll man sich schon im eigenen Interesse vor der Selbsttäuschung hüten, daß die Aktionskraft der Sozialdemokratie im Erlahmen sei. Das Erwachen aus diesem Traum könnte allzu schmerzhaft werden!

Indes hat es ja seit jeher zu den beliebtesten Kampfmitteln der Gegner gehört, die Sozialdemokratie totzufagen, und immer noch haben sie mit solchen Prophezeiungen ihre roten Wunder erlebt. Das nächste wird, das sind wir gewiß, bei den ersten Wahlen nach dem Kriege kommen: dann wird sich erst zeigen, wie das Eintreten der Sozialdemokratie für Verteidigung, Frieden und Freiheit auf die Massen gewirkt hat.

Wenn uns also der Hohn der Gegner über den sozialdemokratischen Mitgliederabgang nicht die Fußspitzen berührt, so soll damit keineswegs gesagt sein, daß die Massen und vor allem die Leser der sozialdemokratischen Presse aus ihm keine Lehren zu ziehen hätten. In der Haltung der Gegner zeigt sich sehr deutlich, daß sie die durch den Krieg verschuldete vorübergehende Schwäche der Parteiorganisation zu ihren Zwecken, zu Zwecken der Kriegsbegehr und der Kriegsverlängerung, auszunutzen bestrebt sind. Je stärker trotz Kriegszustand die sozialdemokratischen Organisationen sind, desto geringer sind die Aussichten der Konservativen und Alldeutschen, mit ihren unheilvollen Plänen durchzukommen.

Die Folgerung, die daraus zu ziehen ist, ergibt sich für jeden, der noch nicht Mitglied der sozialdemokratischen Parteiorganisation ist, von selbst.

## Letzte Nachrichten.

### Kornilows Proklamation an das russische Volk.

Amsterdam, 15. September. Harald Williams drahtet der „Daily Chronicle“ den Text der Proklamation Kornilows an das russische Volk. Das Schriftstück lautet folgendermaßen:

Ich, Oberbefehlshaber General Kornilow, erkläre vor der gesamten Nation, daß meine Pflicht als Soldat und die hingebende Liebe zu meinem Vaterland mich in diesem Augenblicke großer Gefahr für unser nationales Bestehen dazu gebracht haben, dem Befehl der vorläufigen Regierung nicht zu gehorchen und den Oberbefehl über die nationale Armee und die Flotte weiter zu führen. In diesem Beschluß von den Befehlshabern an allen Fronten bestärkt, erkläre ich vor dem ganzen russischen Volke, daß ich lieber sterben werde, als meines Amtes als Oberbefehlshaber entbehren zu werden. Ein treuer Sohn des Volkes desertiert niemals von seinem Posten, sondern opfert lieber sein Bestes, was er besitzt, sein Leben, hin. In diesem wahrhaft fürchtbaren Augenblicke im Bestehen des Landes, wo die Zugänge zu beiden Hauptstädten dem siegreichen Vormarsch des Feindes so gut wie offen stehen, erweckt die vorläufige Regierung, die die großen Tragödien des unabhängigen Bestehens des Landes aus den Augen verliert, beim Volke die Furcht vor einer Gegenrevolution, welche sie selbst durch ihre Unfähigkeit zu regieren, ihren Mangel an Bereitwilligkeit, entschieden aufzutreten, und ihrer Schwäche beim Ausüben der Regierungsgewalt hervorruft. Ich darf als ein Sohn des Volkes, der ich vor aller Augen mein ganzes Leben lang mich seinem Dienst gewidmet habe, nicht aufhören, über die großen Freiheiten und die große Zukunft meines Volkes zu wachen, wo seine Zukunft trägt und schwachen Händen anvertraut ist. Der Feind, der durch Bestechung und Verrat in unserem Lande auftritt, als ob er da zu Hause wäre, will die Vernichtung nicht nur der Freiheit, sondern auch des Bestehens des russischen Volkes. Auf Männer Rußlands, auf Euren Muth und Eurer Verblendung, laßt nicht in den Abgrund, in den Euer Land hineinzuführen im Begriff steht. In dem Verlangen, Zusammenstöße zu vermeiden, dem Vergehen des russischen Blutes im Bürgerkrieg zu vorbeugen und alle Verleumdungen vergebend, appelliere ich im Angesicht des ganzen Volkes an die vorläufige Regierung und sage ihr: Kommen Sie nach meinem Hauptquartier, wo ich Ihnen mein Ehrenwort für Eure Freiheit geben will, und bildet mit mir eine Regierung nationaler Verteidigung, welche den Sieg sichern wird und das russische Volk zu einer großen Zukunft, eines mächtigen und freien Volkes würdig, führen wird.

#### Eine Hoffnungsmeldung Reuters.

Amsterdam, 15. September. Reuter meldet aus Petersburg: General Kornilow hat den Oberbefehl noch nicht niedergelegt. Alexejew, der die Untersuchungskommission begleitet, soll heute im Hauptquartier eintreffen.

Bern, 15. September. Pariser Blätter berichten, in Neval sei ein Streik ausgebrochen. In verschiedenen Fabriken fordern die Arbeiter eine Lohnerhöhung von 100 Prozent. Die Zahl der Streikenden betrage 16 000.

#### Verbot des „Utro Rossij“.

Stockholm, 15. September. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Kerenski verfiugte die Einstellung des Moskauer Blattes „Utro Rossij“ wegen seines Eintretens für Kornilow.

#### Die Wirkung der Luftangriffe auf London.

Berlin, 15. September. Die Aussagen von drei im Luftkampf abgeschossenen englischen Fliegeroffizieren geben zum ersten Male ein authentisches Bild von den ungeheuren Verwüstungen, welche die deutschen Luftangriffe in London hervorriefen. Von dem Angriff der deutschen Großkampfszeuge Mitte Juli erzählen sie, daß eine Bombe in das Haupttelegraphenamt einfiel und dort gewaltige Zerstörungen anrichtete. Höchst empfindlich war auch der Schaden, der durch einen Treffer in die Bank von England angerichtet wurde. Aber die Regierung ergriff sofort derartige strenge Abwehrmaßnahmen, daß die Öffentlichkeit keine Einzelheiten erfährt. Besonders gewaltig waren die Verluste in Kamsgate. Hier wurden eine große Anzahl von Soldaten getötet.

#### Laufings neueste Enthüllung.

Amsterdam, 15. September. Nach einer Meldung des Reuterschen Bureaus benutzt die amerikanische Presse die Veröffentlichung eines angeblichen Briefes des deutschen Gesandten in Mexiko durch Laufing zu neuen Ausfällen gegen Schweden. „World“ schreibt, Schweden benutze seine Neutralität dazu, dem deutschen Kaiser heimliche Dienste zu leisten und die Vereinigten Staaten und die anderen alliierten Länder würden dementsprechend aufzutreten müssen.

# Gewerkschaftsbewegung

Berlin und Umgegend.

## Lohnbewegung der Berliner Wäschearbeiter.

Die Berliner Wäschearbeiter haben ihren letzten Tarif im Jahre 1911 abgeschlossen, der am 1. September er. abgelaufen ist. Während der Dauer des Krieges war die Arbeitslosigkeit in der Wäscheindustrie unangenehm und es hat daher die Zahl der Arbeiter und Arbeiterinnen sehr stark abgenommen. Sowohl im Jahre 1916 als auch neuerdings wurden die Arbeitgeber ersucht, eine Lohnaufbesserung einzutreten zu lassen. Bei den früheren Forderungen wurde auf die Verteuerung der Rohzutaten hingewiesen, jedoch haben die Arbeitgeber trotzdem keine Aufbesserung der Löhne einzutreten lassen.

Seit einiger Zeit ist die Arbeit infolge der Verwendung von Ersatzstoffen schwerer geworden und sind hierfür die Löhne etwas erhöht worden; in dieser Erhöhung sind aber die gegenwärtigen Feuerungsverhältnisse keineswegs berücksichtigt. Im Laufe dieses Jahres haben die Wäschefabrikanten der Arbeiterschaft eine Teuerungszulage von 40 Pf. pro Tag bewilligt, die jedoch auch nicht den berechtigten Ansprüchen Rechnung trägt. Es wurde daher am 1. Juni der bestehende Tarifvertrag gekündigt und Ende des Monats August die Verhandlungen über die Erneuerung des Tarifvertrags begonnen.

Die Arbeitgeber boten neben der bereits gewährten Teuerungszulage eine weitere Zulage von 25 Pf. pro Tag. Dieses Angebot wurde von den Arbeitervertretern als vollkommen ungenügend zurückgewiesen. In einer späteren Sitzung boten sie dann unter Fortfall der bestehenden Teuerungszulage eine solche von 80 Pf. für jeden gearbeiteten Tag mit Wirkung für alle seit 1. September im Hause gezahlten Stücklöhne. Diese Vereinbarung sollte auf 3 Monate Gültigkeit haben. Nach Ablauf dieser 3 Monate sollte eine weitere Erhöhung von 20 Pf. für den Arbeitstag eintreten. Die bisher für Mehrleistung (erhöhte Arbeit) gewährten Zulagen sollten in jedem Falle bestehen bleiben, soweit diese Zulagen nicht für ein begrenztes Quantum oder für eine bestimmte Sorte gewährt worden sind. Die Zulagen für Schwerarbeit, die für ein begrenztes Quantum oder eine bestimmte Sorte gewährt worden sind, sollten in Wegfall kommen, wenn der in dem Material liegende Grund für die Zulagen durch Rücksicht zum normalen Material entfällt. Neben dem Ergebnis dieser Verhandlungen berichtete Stühmer am Donnerstagabend in einer Versammlung der Wäschearbeiter. Nach längerer eingehender Aussprache wurde das Angebot der Fabrikanten als vollkommen ungenügend abgelehnt und die Verhandlungskommission beauftragt, den Fabrikanten folgenden Vergleichsvorschlag zu unterbreiten: 1. Weibliche Arbeitskräfte erhalten neben der bereits gewährten Teuerungszulage eine weitere Zulage von 6 Mk. pro Woche. 2. Männliche Arbeitskräfte erhalten neben der bereits bestehenden Teuerungszulage eine Zulage von 12 Mk. pro Woche. 3. Inwieweit gemäß der Verordnung vom 15. Mai 1917 auf den Gesamtwochenlohn, ausschließlich der Teuerungszulage, der 10prozentige Zuschlag zu zahlen wäre, wird dieser neben der Teuerungszulage gezahlt. 4. Die Teuerungszulagen werden rückwirkend vom 1. September 1917 und an sämtliche Arbeitskräfte gezahlt, einerlei, ob sie im Stück- oder Wochenlohn beschäftigt sind. 5. Lohnhöherungen, die infolge der erschwerten Arbeit an dem gegenwärtig zur Verwendung kommenden Material oder mit Rücksicht auf die Teuerung gewährt wurden, bleiben auch dann, wenn die Arbeitserleichterung nicht mehr gegeben ist, bestehen. 6. Dieser Vertrag soll auf die Dauer von 3 Monaten gelten und mit einer 14tägigen Kündigungsfrist per 1. Dezember 1917 kündbar sein.

Neben dem Ergebnis der weiteren Verhandlungen soll am Montag, den 17. September, abends 8 Uhr, in einer Versammlung in der Brauerei Pfefferberg, Schönhauser Allee 176, weiterer Bericht erstattet und endgültiger Beschluß gefaßt werden.

## Sonntagsruhe im Bäckergewerbe.

Der Bäckerverband hat, wie im Vorjahre, auch im laufenden Jahre die Sonntagsruhe im Bäckergewerbe und Konditorengewerbe statistisch zu ermitteln gesucht und ist dabei zu folgendem Ergebnis gekommen. Im April 1916 hatten 31 Proz. der ermittelten Betriebe mit 29 Proz. der ermittelten Personen keine Sonntagsruhe. Die Erhebung vom Juni-Juli laufenden Jahres erstreckte sich auf 17.535 Betriebe mit insgesamt 30.047 Arbeitskräften. Sonntagsruhe bestand in 6416 oder 36,6 Proz. der ermittelten Betriebe mit 41,1 Proz. der Beschäftigten. Tolle Sonntagsruhe hatten 11.119 oder 63,4 Proz. aller erfaßten Betriebe mit 17.690 oder 58,9 Proz. der ermittelten Arbeitskräfte. Die an den Sonntagen übliche Arbeitszeit ist verhältnismäßig kurz; in 946 Betrieben betrug sie bis zu 3 Stunden, in 1668 Betrieben bis zu 4 Stunden und in 3158 Betrieben bis zu 5 Stunden. Nur 644 Betriebe hatten eine längere als fünfstündige bis zu achtstündige Sonntagsruhe. Wenn die Betriebe hingeworfen werden, die als Entschädigung für Sonntagsruhe einen Ersatzurlaub in der Woche gewähren, ergibt sich die Durchführung der sechsstündigen Arbeitswoche in 73,8 Proz. aller ermittelten Betriebe. Die „Bäckerzeitung“ stellt fest, daß die Beseitigung der

Sonntagsruhe in ihrem Gewerbe durch den Krieg einen besondern Anstoß nach vornwärts bekommen habe.

## Der Schlichtungsausschuß als Einigungsamt.

Aus Köln wird uns geschrieben: Der Arbeiterschuß der Gemischten Fabrik von Traine u. Helmers hatte Lohnforderungen gestellt und, als diese abgelehnt wurden, den Schlichtungsausschuß als Einigungsamt angerufen. Hier erklärte der Vertreter der Firma, Dr. Weber, eine Verhandlung sei überflüssig. Die Firma sei nicht in der Lage, die Lohnhöherungen zu bewilligen. Sie sei aber bereit allen Arbeitern den Abtreibschuß zu geben. Auch der Vertreter des Arbeitgeberverbandes, Dr. Motte, stellte sich auf den gleichen Standpunkt. Der Vorsitzende wie der Beirat der Arbeiterschaft traten dem entgegen und betonten, daß auf Grund des Hilfsdienstgesetzes verhandelt werden müsse. Die Arbeiter verlangten: Die Stundenlöhne der Handwerker um 40 Pf., der ungelerten Arbeiter um 30 Pf. und der Arbeiterinnen um 20 Pf. zu erhöhen. Überstunden mit 25, die Nachstunden mit 30, und die Sonntagsarbeit mit 100 Proz. Zuschlag zu bezahlen. Bei Beschäftigten einen besonderen Zuschlag von 1 Mk. Eine Einigung kam nicht zustande, da der Firmenvertreter erklärte, nicht mehr geben zu können. Die gezahlten Preise vom Kriegsdienst seien zu gering. Es könne von der Firma nicht verlangt werden Geld zuzulegen und jeden Monat 6000 Mark auf dem Altare des Vaterlandes zu opfern. Es wurde sodann folgender Schiedspruch gefällt: In Anbetracht der gewaltigen Steigerung aller Lebensmittel hält der Schlichtungsausschuß an Stelle der heutigen Durchschnittslöhne von 8 Mk. pro Tag folgende Lohnsätze für angemessen: Die Löhne, die bis zum 1. August gezahlt worden sind, werden auf folgende Sätze erhöht: für Handwerker, Maschinisten und Heizer um 2 Mk. pro Tag, für Arbeiter um 1 Mk., für Arbeiterinnen um 75 Pf. Bei Beschäftigten wird ein Zuschlag von 1 Mk. für die Nachtschicht bewilligt. Überstunden werden mit 25, Nachtschicht mit 50 und Sonntagsarbeit mit 75 Proz. Zuschlag bezahlt. Die Löhne, die jetzt auf jeden Tag in der Woche fielen, werden auf Donnerstag und Freitag festgesetzt. Grobes Aufsehen erregte noch die Feststellung des Vertreters der Arbeiter, Hertwig, daß die Firma ein Mitglied des Arbeiterschußes, einen Kriegsschädigten, in dem Augenblick entlassen hat, als die Firma die Zustimmung zum Schlichtungsausschuß erhielt. Gründe für die Entlassung konnte Herr Dr. Weber nicht angeben. Er betraf sich lediglich auf die Arbeitsordnung, jederzeit Arbeiter entlassen zu können. Vom Vertreter des Arbeitgeberverbandes wurde diese Haltung durchaus gebilligt.

## Parteinachrichten.

### Robert Grimm gegen die Unabhängigen.

Der Verner Parteitag der Schweizer Sozialdemokratie hat die Landesverteidigung grundsätzlich abgelehnt. Neun Mitglieder des Nationalrats haben daraufhin eine Erklärung abgegeben, in der sie eine Verpflichtung, die Ablehnung der Militärkredite im Sinne jenes Beschlusses zu motivieren, entschieden zurückweisen. Jetzt beschäftigt sich der bekannte Führer der anarcho-sozialistisch gefärbten Parteimehrheit, Robert Grimm, in der schweizerischen Zeitschrift „Neues Leben“ mit diesem Vorfalle in folgender Weise:

Die Neuen wollen sich das Recht sichern, ihre Stimmabgabe zu motivieren. Wenn die einen der Fraktion aufstehen, um zu sagen, was Auffassung und Wille der Gesamtpartei ist, so wollen die anderen sich das Recht wahren, zu betonen, was ihre höchst persönliche Meinung ist, und ausdrücklich feststellen, daß ihre persönliche Meinung der Auffassung der Gesamtpartei widerspricht, mit anderen Worten: sie fordern von der Partei das Recht und die Ermächtigung, im Parlament, vor dem bürgerlichen Gegner, vor dem gemeinsamen Feind gegen die Partei, gegen ihre Ansichten und ihren Willen kämpfen zu dürfen. Das ist des Bundes Kern, das ist die praktische Bedeutung der Erklärung der Neuen, und da kann die Partei, will sie sich nicht lächerlich machen, nicht mitmischen und keinerlei Konzessionen gewähren.

Grimm führt den neun Genossen noch ausführlicher zu Gemüte, daß sie „auf persönliche Rechthabereien und Eigendürstereien“ verzichteten müßten, und sagt weiter:

Das geht nicht nur den neun Genossen so, die sich in der Militärfrage absondern. Jeder einzelne, auch jeder radikale Genosse wird ab und zu in die Lage kommen, nicht allen Aeußerungen seines im Namen der Fraktion auftretenden Kollegen zustimmen zu können. Aber man stellt sich deswegen doch nicht vor den Gegner hin, um ihm entschuldigend zu sagen: ich habe persönlich eine ganz andere Meinung als die eben gehörte, wollen Sie davon gefälligst zuhanden der Kulturgeschichte Notiz nehmen. Nein, so wichtig ist denn der einzelne doch nicht, und wenn die Partei von ihm erwartet, daß er darauf verzichtet, bei jeder Gelegenheit seine persönliche Ansicht der Meinung der Partei entgegenzustellen, so ist dieser Verzicht keineswegs eine Verletzung der persönlichen Ueberzeugung. Das Gemeinshafts- und Parteileben ist überhaupt nur möglich unter solchen Verzicht, die im Interesse des Ganzen jeder einzelne bringen muß.

Es handle sich, nicht Ortsum weiter aus, um keine Vergewaltigung der persönlichen Meinungsfreiheit. Niemand verlange von den Neuen, daß sie ihre Ueberzeugung ändern. Aber:

Was die Partei will, was sie von ihren Vertretern fordern muß, das ist die Respektierung ihrer Beschlüsse, das ist die Ablehnung des Rechts, von Partei wegen im Staatsfalle gegen die eigene Partei zu kämpfen. Hier darf die Partei keinen Zoll breit nachgeben, wenn sie die Achtung vor sich selbst bewahren will.

Grimm sagt damit, was die deutsche sozialdemokratische Fraktion tun mußte, als die jetzigen Unabhängigen sich im offenen Reichstag gegen sie erhoben. Sie mußte es tun, wenn sie sich nicht lächerlich machen, wenn sie die Achtung vor sich selber nicht verlieren wollte. Grimm sagt es!

### Aus den Organisationen.

Am Sonntag, den 9. September, fand für den Wahlkreis Neuchâtel, nachdem am 8. Juli die Organisation von den „Unabhängigen“ gesprengt wurde, die erste Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins statt. Die Versammlung war von 40 Genossen und 10 Genossinnen besetzt. Genosse Fischer, der Vorsitzende des Sozialdemokratischen Vereins, eröffnete die Versammlung und gab seiner Freude über den zahlreichen Besuch Ausdruck. Sodann berichtete er über die Verhandlungen, die mit den „Unabhängigen“ wegen Herausgabe des Geldes und des Vereinsinventars geführt wurden. Diese Verhandlungen haben noch zu keinem Resultat geführt, denn die „Unabhängigen“ hatten am selben Tage eine Vertreterkonferenz einberufen, die sich mit den Fragen zu befassen hatte. Sodann referierte der Abgeordnete des Kreises, Genosse Cohen-Berlin, über: „Die Sozialdemokratie und der Weltkrieg“. Die Versammlung erklärte sich mit den Ausführungen einverstanden und nahm einstimmig folgende Resolution an:

„Die am 9. September zusammengetretene Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für Neuchâtel, erklärt, daß sie mit der Haltung der Reichstagsfraktion einverstanden ist. Sie billigt außerdem die Bemühungen der Fraktion zur Anbahnung des Friedens und zur freiheitlichen Ausgestaltung der deutschen und preussischen Verfassung. Die Generalversammlung verspricht alles zu tun, was geeignet ist, die Zersplitterungsbestrebungen der sogenannten „Unabhängigen“ Sozialdemokratie zu durchkreuzen und ersucht die reichsdeutschen Arbeiter und Arbeiterinnen, der bisherigen sozialdemokratischen Organisation die Treue zu bewahren.“

Nachdem noch Genosse Fischer über die Verhandlungen des reichsdeutschen Landtags Bericht erstattet hatte — die Versammelten erklärten sich mit der Tätigkeit der sozialdemokratischen Landtagsfraktion einverstanden —, sprach Genosse Leber über den bevorstehenden Würzburger Parteitag. Zum Schluß seines Referats empfahl er die Besichtigung des Parteitags durch einen Delegierten. Die Versammlung erklärte sich mit dem Vorschlag des Genossen Leber einverstanden und wählte den Genossen Fischer als Delegierten zum Würzburger Parteitag. Sodann referierte Genosse Leber über die Verhandlungen wegen Einführung eines Parteiblattes, welches den Standpunkt der Sozialdemokratischen Partei vertritt. So sehr wie Genosse Leber es begrüßte, daß die Genossen die „unabhängige“ „Neuchâtel Volkszeitung“ nicht mehr lesen wollen, so eruchte er aber noch um etwas Geduld. Er empfahl aber zum Schluß seiner Ausführungen eine einstimmig angenommene Erklärung, die in der „Neuchâtel Volkszeitung“ veröffentlicht werden soll, damit die Genossen im Publikum die Wahrheit über die Tätigkeit der „Unabhängigen“ erfahren. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten konnte die Generalversammlung mit dem Hinweis, für die Geschlossenheit der Arbeiterschaft einzutreten, geschlossen werden.

### Bezirkskonferenz der Jugendabteilungen im westl. Westfalen.

Auf einer in Dortmund abgehaltenen Konferenz konnte festgestellt werden, daß sich die Jugendbewegung während des Krieges gut gehalten hat. Nach einem vorübergehenden Rückgang ist die Zahl der Abkommen, die vor Ausbruch des Krieges vorhanden war, wieder überschritten worden; sie betrug am 1. April d. J. 1870. Der Kassenbestand konnte von 196 Mk. auf 285 Mk. gesteigert werden. Der erstmalig zu Pfingsten veranstaltete Bezirksjugendtag bedeutete einen großen Erfolg; es wurde beschloffen, ihn alljährlich zu wiederholen. Von Differenzen infolge der Parteipaltung blieb die Bewegung verschont. In der lebhaften Aussprache wurden die Fragen der Jugendheime, Lichtbildervorträge, Wandherbergen, Spielfelderkurse usw. ausführlich behandelt.

Der Mitgliederbestand der Unabhängigen wird von der „Leipziger Volkszeitung“ auf 120.000 angegeben.

Humanistische Gemeinde Berlin. Heute nachmittags 5 Uhr findet in der Aula der Friedrich-Werderschen Oberrealschule, Niedamstr. 12, anlässlich des dreißigjährigen Bestehens der Gemeinde ein Vortrag über: „Was will die humanistische Gemeinde?“ statt. Gölle willkommen.

Verantwortlich für Politik: Erich Autsner, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Kaufhaus; für Inserate: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Sormwärts-Bunddruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen.

# A. WERTHEIM

IN DIESER WOCHEN:

## MODEN-AUSSTELLUNG

Herbst- und Winter-Neuheiten in Damen-Kleidern, Kostümen, Mänteln, Blusen, Kleider- und Morgenröcken, Kinder-Kleidung usw. Auslage der neuesten Modelle

### Damenkleider

Kleid a. reinwoll. Kreppstoff, neue Form, Taille mit weiß. Seidenkragen u. farb. Stick., gezog. Rock 75.00

Mantelkleid a. gut. Perlseide, m. groß. Seidenkragen, Rock mit Taschen garniert 89.00

Mantelkleid aus guter Taftseide, mit farb. Seidenstepperei und Knöpfen garniert 125.00

Sammetmantelkleid moderne Form, mit apartem zweifarbigem Seidenkragen 148.00

Kittelkleid a. gut. Körper-Velvet mit reich. Goldstick., jugendl. Form 178.00

### Jackenkleider u. Mäntel

Jackenkleid aus blau Diagonalstoff, Jacke auf Seide, lose Form mit Gürtel, groß. Krag., Rock gezogen mit Taschen. 156.00

Mantelkleid aus Cheviot, verschied. Farben, Kragen m. Pelz eingerollt, bis zur Taille gefüttert 153.00

Elegante Abendmäntel aus Sammet und Plüsch

Paletot lose Form, hoch geschlossen zu tragen, mit großem Kragen, durchgehend. Gürtel, verschied. Farben 55.00

Paletot 3/4 lang, lose Form, hoch geschlossen zu tragen, m. großem Kragen aus gut. Diagonal-Stoff, verschied. Farben 76.00

### Blusen

Bluse aus schottischer od. weißschwarz kariierter Seide, mit Stehkragen 19.75

Bluse aus Perlseide, neue aparte Form 27.50

Bluse aus Perlseide, in verschiedenen Farben 28.00

Bluse aus guter Waschseide, aparte, halshfreie Form 37.00

Bluse aus Duchesse-Seide, mit Stickerei 42.00

Bluse aus Crêpe de Chine, halshfrei, m. Knöpfen garniert 44.00

## PELZ-ABTEILUNG

Auslage von Neuheiten in Kragen und Mänteln  
Eigene Werkstätten auch für Maß-Anfertigung

Schwarze Schatten!

Von G. Heintz

Der wirtschaftliche Aufschwung Deutschlands erhält durch die großartige Entwicklung und technische Leistungsfähigkeit der Elektrizitäts- und chemischen Industrie seinen bedeutendsten Ausdruck. Ganz besonders war es die letztere Industrie, die von 1903 bis zum Kriege, also in einem Zeitraum von nicht ganz 11 Jahren, es verstanden hat, sich eine Vormachtstellung auf dem Weltmarkt zu verschaffen; welche auch dazu angetan war, den Inhabern in reichem Maße goldenen Regen in den Schoß zu schütten. Einen Beitrag zu dem Verlauf dieser Entwicklung bietet auch das Zahlenmaterial des Reichsversicherungsamts und die Jahresberichte der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie. Die Zahl der versicherungspflichtigen Betriebe ist vom Jahre 1908 bis Ende 1913 von 7747 auf 15 042 Betriebe und die darin beschäftigten Vollarbeiter von 168 950 auf 277 629 Vollarbeiter gestiegen; was bei den Betrieben als eine Zunahme von 94 Proz. und bei den Vollarbeitern als eine solche von über 63 Proz. anzusehen wäre. Ein ähnliches Bild zeigen die Tatsächlich verdienten Löhne, Gehälter usw., die von 174 402 866 M. für das Jahr 1908 im weiteren Verlauf alljährlich bis für 1913 auf 867 665 326 M. gestiegen waren. Diese Entwicklung ist durch den Krieg nur in einem geringen Maße unterbrochen worden. Im Gegenteil. Wie allgemein nach dem finanziellen Stand der chemischen Industrie heute zu übersehen und durch den Bericht dieser Berufsgenossenschaft für 1916 bestätigt wird, trägt der Krieg nicht unbeträchtlich dazu bei, hier im großkapitalistischen Sinne eine weitere Stärkung zu vollbringen. Einleitend wird in diesem Bericht gesagt:

Der chemischen Industrie ist im Kriege die Aufgabe zugefallen, den gesamten Bedarf unseres Heeres und unserer Marine sowie einen großen Teil des Bedarfs der verbündeten Heere an Pulver und Sprengstoffen usw., an Heilmitteln und auch im beträchtlichen Umfange die zur Sicherstellung der Ertragsfähigkeit des Ackerbodens nötigen Düngstoffe herzustellen. Diese gewaltige Aufgabe stellte Anforderungen an die chemische Industrie, denen sie nach erfolgreicher Lösung der mit ihnen verbundenen schwierigen wissenschaftlichen Probleme in der Praxis nur durch Errichtung neuer, in der Hauptsache aber durch Vergrößerung und Umgestaltung bestehender Betriebe gerecht werden konnte. Im weiteren wird dann offen darauf hingewiesen, daß sich eine Zusammenfassung der Industrie von diesen kleinen Unternehmungen auf wenige größere Betriebe immer mehr vollzieht, was auch zur besseren Wahrnehmung des Arbeiterinteresses von den technischen Aufsichtsbeamten als einen Fortschritt begrüßt wird. Die folgenden Zahlen zeigen den Beschäftigungsgrad während des Krieges, vergleichlich zu dem letzten Friedensjahre

Table with 4 columns: Jahr, Zahl der Betriebe, Tatsächlich beschäftigte Vollarbeiter, Tatsächlich verdienter Lohn u. Gehälter usw.

Der Bericht beklagt den Mangel an geeigneten Arbeitskräften, wodurch den Betrieben die Fertigstellung ihrer Aufträge sehr erschwert wird. Im Zusammenhang hiermit stehen die, tatsächlich verdienten Löhne, Gehälter usw. Der Jahresdurchschnittslohn eines Vollarbeiters betrug 1913 1824 M., 1914 1836 M., 1915 1410 M. und 1916 1566 M. Danach ist gegenüber dem Friedensjahre 1913 für das Kriegsjahr 1915 eine Lohnerhöhung von 86 M. (4,50 Proz.) und für 1916 eine solche von 242 M. (18,27 Proz.) zu verzeichnen. Diese Lohnzunahmen sind äußerst minimal und jämmerlich. Das sind gewiß keine Löhne, die mit dem Gesundheitsgefährden der Arbeiter in diesen Betrieben und mit dem allerwenigsten mit der Kaufkraft des Geldes in den letzten Jahren, mit der Lebensverteuerung und vor allem mit den Mietspreisen der chemischen Industrie in Einklang zu bringen sind. Und dabei wird noch im Auge zu behalten sein, daß in diesen Durchschnittslöhnen, wie im Bericht für 1916 darauf hingewiesen wird, noch die Gehälter von 989 Betriebsbeamten mit weniger als 6000 M. und von 729 freiwillig verpflichteten Betriebsbeamten mit mehr als 6000 M. (Gehalt) sowie außerdem die Gehälter von 3250 freiwillig verpflichteten Kontorbeamten mit berechnet sind; daß sich also in Wirklichkeit der Jahresarbeitsverdienst der Vollarbeiter noch geringer darstellt, der dann auch bei der Berechnung der Unfallrenten zugrunde gelegt wird. — Für das Jahr 1916 verzeichnet die Berufsgenossenschaft eine beträchtliche Zunahme der Unfälle und besonders für 1915 und 1916 eine solche der Tödlingsunfällen.

Table with 6 columns: Gemeld. Unfälle, Entschäd. Tödl. Verletzte, Auf je 1000 Vollarbeiter kamen Gemeldete Unfälle, Entschädigte Tödl. Verletzte

Wie aus der dem Bericht beigegebenen Tabelle zu ersehen, sind es besonders die Vorgänge in der Sprengstoff-Industrie (Explosionen von Pulver, Dynamit, Gasen, Benzol usw.), sowie die Vorgänge bei feuergefährlichen, heißen und ätzenden Stoffen (giftiger Stoffe, Gase, Dämpfe usw.), welche zu dieser Zunahme der Unfälle beigetragen haben. Auf diesen Teil der Industrie entfallen 3351 Unfälle, wovon 606 mit 278 Tödlingsunfällen entschädigt werden mußten. Hier von sind 1118 mit 329 entschädigten Unfällen einschließlich von 218 Tödlingsunfällen, — 55 Proz. aller Tödlingsverletzungen überhaupt — auf Explosionen als Ursache zurückzuführen. Durch giftige Stoffe, Gase und Dämpfe sind 296 Unfälle mit 89 Todesfällen veranlaßt. Diese Zahlen geben nur die akuten Vergiftungen wieder, über die ungeheure größere Zahl der chronischen Vergiftungen bringt der berufsgenossenschaftliche Bericht kein Zahlenmaterial. — In dem Bericht über die technische Aufsichtstätigkeit im Jahre 1916 wird dann auf die weiteren vielfachen Unfallursachen bei der Bedienung von Maschinen, Dampfapparaten usw. hingewiesen. Die Bemängelungen, so heißt es da, hinsichtlich der Wägen, Leitern, Gruben und Treppen waren in erheblicher Zahl wie früher zu verzeichnen. Nicht abgedeckte Gruben, nicht umwehrte Kanäle, ebenso durch Padmaterial versperrte Türen, Treppen mit ausgetretenen Stufen, Wägen mit gebrochenem Geländer usw. waren an der Tagesordnung. Dazu erforderte die Fortdauer der Heeres-einberufungen und neuerdings auch die Hilfsdienstpflicht immer mehr die Einstellung von Frauen und jugendlichen Arbeitern, von Kriegsbeschädigten sowie von Kriegs- und selbst Strafgefangenen. So daß in den Betrieben meist unerfahrene und ungeschulte Leute beschäftigt wurden. In alledem verlagte der technische Aufsichtsdienst. Von den elf technischen Aufsichtsbeamten waren vier wiederholt zum Heeresdienst einberufen. Dazu kamen weiter durch Arbeitsüberlastung wiederholt Erkrankungen vor, die ebenfalls hier hemmend einwirkten. Wurden im Jahre 1913 von den vorhandenen Betrieben noch über 40 Proz. betriebstechnisch beschäftigt oder revidiert, so konnte das in den Jahren 1915 und 1916 nur noch bei etwas über 22 Proz. der Betriebe geschehen. Sehr richtig wird deshalb in dem Bericht gesagt: „Mehr noch als im Frieden hat die Berufsgenossenschaft in der Jetztzeit ihre technischen Kräfte nötig, nur den größeren Anforderungen, die durch mangelnde außerordentlichen Verhältnisse an sie gestellt werden, gerecht werden zu können.“ Das hätte die Berufsgenossenschaft gewiß ohne besondere Mühe erreichen können, wenn sie durch Reklamation bei der Heeresleitung darauf gedrungen hätte, diesen so wichtigen Aufsichtsdienst zum Vorteil des Arbeiterinteresses aufrecht zu erhalten. Es ist sogar anzunehmen, daß es nicht allzu große Schwierigkeiten geboten hätte, die Zahl der Assistenten der Aufsichtsbeamten aus den älteren Arbeitern der Betriebe zu vermehren.

Für die Berufsgenossenschaft war trotzdem die Steigerung der Betriebsgefahren keine so wesentliche. Denn die seit Jahren regelmäßig geübte Betriebsaufsicht, so heißt es in dem Bericht, hat das Interesse der Unternehmer für die Unfallverhütung gewendet, sein Gewissen ist erwacht und der Blick für das Notwendige wurde geschärft. Wenn dem so ist, dann hat die Berufsgenossenschaft nach den bekannten Zuständen in dieser Industrie große Ursache, diese Ergebung für den dringlich erforderlichen Arbeiterchutz mit Nachdruck fortzusetzen. — Als besondere Gefahrenquellen wird auch die Unkenntnis der Arbeiter von den Unfallverhütungsvorschriften, die Ueberstundenarbeit, die Ueberfüllung und das notwendige Herrichten von gebrauchten Maschinen in den Werkstätten angegeben, dem aber auch nach Möglichkeit entgegenzuwirken werden könnte, wozu im weiteren eine leicht verständliche Belehrung der Arbeiter erforderlich wäre. Im übrigen darf nicht unbekannt werden, daß sich in der chemischen Industrie durch Aenderung eines Produktionsverfahrens usw. sehr überraschend neue Gefahrenmomente ergeben können, zu deren Bekämpfung sich schleunigst geeignete Maßnahmen erforderlich machen. Bindende Unfallverhütungsvorschriften für solche Fälle zu erlassen, so äußert sich der Bericht, ist die Pflicht der Vorstand zu seinem Bedauern außerstande im Hinblick auf das hierfür durch die Reichsversicherungsordnung vorgeschriebene umständliche Verfahren, das sich als völlig ungeeignet erwiesen hat. Darunter leidet nicht allein die Unfallverhütung der chemischen Berufsgenossenschaft, sondern auch die der Versicherten der übrigen Berufsgenossenschaften. Das langweilige, jahreverhehlende Genehmigungsverfahren könnte durch vorläufige oder provisorische Maßnahmen

wenn auch nicht beseitigt, so doch abgeschwächt werden; es wäre endlich an der Zeit, hierzu eine Ergänzung oder Aenderung in der Reichsversicherungsordnung durchzuführen.

Groß-Berlin

Ein 60 jähriger Parteiveteran.

Derk vollendet Genosse Stefan Friß sein 60. Lebensjahr. Den Genossen des 3. Kreises ist Genosse Friß als eine der festesten und markantesten Säulen der Partei wohlbekannt, steht er doch seit Anfang der 80er Jahre im internen Parteileben. Unermüdblich wirkte er unter dem Sozialistengesetz für unsere Ideen — keine Arbeit, keine Mühe und keine Gefahren scheuend. Nach dem Fall des Sozialistengesetzes im Jahre 1890 entfaltete Friß um so energischer seine Tätigkeit und wurde von den Genossen des 3. Kreises mit dem höchsten Ehrenamt des Vertrauensmannes betraut. Zehn Jahre lang bekleidete Friß dieses Amt zur vollsten Zufriedenheit der Genossen. Dann war er bis zur Zentralisation Vorsitzender des 3. Kreises. Im Jahre 1902 übernahm er das Amt eines Zeitungspediteurs, das er heute noch inne hat. Unter Friß Leitung und der tatkräftigen Mithilfe zielbewusster Genossen stieg die Abonnentenziffer des „Vorwärts“ gewaltig. Friß ist weiterhin als Funktionär im Kreise tätig und bekleidet noch heute das Amt eines Abteilungsführers. Wiederholt wurde ihm die Vertretung auf den verschiedenen Parteitagungen übertragen, und überall war die rührige Persönlichkeit Friß eine gern gesehene und wohlbekannte Erscheinung. Daß Friß seine gewerkschaftlichen Pflichten ebenso treu erfüllt wie seine politischen, versteht sich ganz von selbst. Wir hoffen und wünschen, daß es unserem betrauten Genossen noch lange Jahre vergönnt sein möge, in ungebrochener Kraft seine wertvollen Dienste der Partei widmen zu können.

Reform des Zweckverbandes Groß-Berlin.

Die Aenderung des Gesetzes über den Zweckverband Groß-Berlin soll nahe bevorstehen. Es wird gemeldet, dem preussischen Landtag werde demnächst eine Vorlage darüber zugehen. Oberbürgermeister Wermuth glaubt, wie die „Bf. Bf.“ mitteilt, hoffen zu können, die Vorlage werde wenigstens von dem Gedanken durchzogen sein, daß die Gesamtbürger-schaft Groß-Berlins durch Wahlen unmittelbaren Einfluß auf die Zusammensetzung der Verbandsversammlung gewinnt. Das ist allerdings eine ganz selbstverständliche Forderung. Aber hoffentlich denkt Oberbürgermeister Wermuth nicht an ein Wahlrecht für den Zweckverband, das nach dem „Muster“ des dreiklassigen Gemeindevahlrechts gebildet wäre.

Beschwerdeinstanzen bei Mieterhöhungen.

Der Berliner Magistrat hat dem Ministerium die Genehmigung zur Errichtung der Mieteinigungsämter als Beschwerdeinstanzen bei Mieterhöhungen erhalten. Er hat den Verein Berliner Wohnungsmieter (SW 47, Richterfelde Straße 28) ersucht, ihm geeignete Beisitzer für die Mieteinigungsämter zu nennen, und das ist sofort geschehen. Die Berliner Mieteinigungsämter hatten sich in den letzten beiden Jahren von 10 auf 4 vermindert, sie sollen aber jetzt wieder vermehrt werden. Eine diesbezügliche Bekanntmachung ist in Vorbereitung.

Wer gilt als Kartoffel-Selbstversorger?

Man schreibt uns: Als Selbstversorger gelten nach den Bestimmungen der Reichskartoffelstelle alle Kartoffelerzeuger, die Angehörigen ihrer Wirtschaft einschließlich des Gutes, sowie Naturerben, insbesondere Alleenteiler und Arbeiter, soweit sie Kraft ihrer Berechtigung oder als Lohn Kartoffeln zu beanspruchen haben.

Bei Berechnung der den Selbstversorgern zu belassenden Kartoffelmengen werden in Ansatz gebracht:

- a) ein Fünftel des Ernteertrags zur Deckung der zum Verfügen freigegebenen Kartoffeln und der Verluste durch Schwund. Zur Verfügen freigegeben sind nur ungesunde Kartoffeln oder solche unter einer Mindestgröße von 1 Zoll (2,72 Zentimeter);
b) als Eigenbedarf des Kartoffelerzeugers und seiner Wirtschaftsangehörigen (nach Maßstab von 1 1/2 Pfund pro Tag und

Anders Hjarmsted.

Von Jakob Knudsen.

Der Adjunkt sah eine Weile da, ohne zu antworten, bekam jedoch allmählich einen ganz feuerroten Kopf; plötzlich schlug er mit der Hand auf den Tisch und sagte mit einer eigentümlich hitzigen, heisern Stimme, — die der Rabam Faurholt von der Zeit her bekannt war, als sein Bruder um Cecilia warb —: „Ich liebe Ihre Tochter, Proprietär Faurholt! — um ihretwillen, — um sie hier bei mir zu behalten, will ich — der Sache Ihren Lauf lassen.“

„Wollen Sie ihm verbieten, mein Vieh an sich zu nehmen?“

„Ja! — ich wills, ich will dem Hadesbogh gegenüber das Neueste wagen, mehr kann ich doch nicht tun! — Wir müssen dann — ja, wir müssen wohl als Grund anführen, daß es seit vielen Jahren Brauch gewesen ist, daß das Vieh da unten frei herumliefe, — das heißt: ein Grund ist das ja nicht, Teufel auch!“

„Aber Sie sollen sich odentlich gegen sie aufführen!“ sagte Madam Faurholt streng.

„Sie dürfen mich nicht kränken, beste Frau! — Aber leider fürchte ich sehr, daß es zu spät ist. Sie hat mir gestern gesagt, daß Anders Hjarmsted ihr Bräutigam wäre, und daß sie nie einen andern nähme. Heute morgen ist ein Brief an sie gekommen. Ich glaube sicher, daß er von ihm war. Ich habe ihn beiseite gelegt. Ihn aufzubrechen getraue ich mich ja nicht.“

„Wann wollen Sie das Verbot erlassen?“ fragte Kristin Faurholt.

„Ja, lassen Sie mir nun eine Woche Zeit. Ich will ja doch mit dem Hadesbogh die Sache so glimpflich wie möglich abmachen; und es ist ja nicht gesagt, ob sich auf der Stelle eine gute Gelegenheit bietet.“

„Es ist mir ärgerlich,“ sagte Faurholt, „daß dann die ganze Stadt mit ansehen soll, daß ich solange da unten beim Vieh einen Jungen herumlaufen lasse, der aufpassen muß, daß der Befehl vom Haderhof nicht übertreten wird.“

„Ja, bester Faurholt, — ganz so, wie man es haben möchte, kann man's ja nicht immer bekommen.“

Proprietärs verabschiedeten sich. — Kristin Faurholt wunderte sich darüber, daß seine Frau Gjatrid gar nicht zu sehen verlangte. Es war ihm unheimlich, daraus den Schluß zu ziehen, daß sie vielleicht nicht den rechten Mut habe, mit ihrer Tochter zu reden.

In dem Brief, den Anders an Gjatrid gefandt hatte, — denn die Vermutung des Adjunkten war ganz richtig, — hatte er geschrieben, daß er meine, sie sollten nicht länger warten. Seine Feindschaft mit ihrem Vater nehme ja nur zu; und er könne sich nicht darin finden, daß sie als Wirtschaftsterin bei dem Adjunkten bleibe. Sie doch wohl auch nicht. Er wolle darum wissen, ob sie darin einwillige, daß er zum Pfarrhof gehe und Pastor Steffensen frage, ob er sie im Hause trauen wollte, wenn sie zu ihm kämen. Und zugleich: an welchem Tag sie meine, am besten fortkommen zu können. Er hoffe ja sofort auf einen Brief, aber er wolle zehn Tage darauf warten, wenn sie nicht eher antworten könne. Doch wenn die verstrichen seien und er keinen Brief von ihr erhalten habe, wolle er selber in des Adjunkten Wohnung gehen und sie zu sprechen wünschen, denn dann müßten wohl Hindernisse für den Brief bestehen, die sie nicht überwinden könne. — Diesen Brief erhielt Gjatrid gar nicht.

Am Tage nach der Auktion war Anders beim Gersteboden beschäftigt. Es sollten zwei Säen und zwei eggen. — So war es beabsichtigt; doch als die Arbeit beginnen sollte, war Wads Horjens nicht gekommen. Anders und Jens Begger, ein Häusler, gingen also vorläufig allein aufs Feld.

Im Lauf des Vormittages traf Wads Horjens ein. Nun kamen er und der Großknecht zu den andern aufs Feld. — Anders fragte ihn gleich, warum er zu spät käme. Wads erwiderte, er hätte heute morgen früh Nachricht vom Adjunkten Fißcher erhalten, ob er nicht gleich zu ihm kommen wolle.

Anders fragte, was der Adjunkt den Knechten vom Haderhof zu sagen hätte.

„Ja, ich bin gut bekannt mit dem Juristen,“ sagte Wads, „sie haben mich so oft nach diesem oder jenem zu fragen.“

Anders hätte sich unter andern Umständen nicht mit dieser Antwort begnügt. Jetzt schwieg er, denn er merkte, daß er zu heftig werden würde.

„Das ist, der Teufel soll mich holen, eine andere Wirtschaftsterin, die er sich genommen hat, als die, die er vorher hatte,“ sagte Wads.

„Mit der kann er sich wenigstens amüsieren. Obgleich er und die Alte sich gewiß auch gut miteinander unterhalten haben.“

Anders gab dem Großknecht und Wads Anweisung, wo sie beginnen sollten und fing wieder an zu säen. Zur Besperzeit am Vormittag, — sie aßen im Felde, — begann Wads Horjens wieder. „Ich hab ihn ja wegen der Jungfer Gjatrid ausgefragt. Denn wir sind doch gut bekannt von Stavn her.“

„Das läßt Du doch,“ sagte der Großknecht. „Du wirst dem Adjunkten wohl nicht viel zu sagen gehabt haben!“

„D!“ rief Wads. „Ich habe, der Teufel soll mich holen, hundertmal mit Adjunkt Fißcher gesprochen. Ich und er, wir sind ja auf Stavn gleich gut zu Hause. — Gewiß, ich hab ihm gesagt, er und Jungfer Gjatrid leisteten sich wohl so manchemal ein ordentliches Plauderstündchen. Ja, hat er gesagt, sie wäre heute doch erst den vierten Tag bei ihm. Aber jedenfalls wären er und sie die letzten drei Nächte erst zu Bett gekommen, als die Uhr weit über zwölf gewesen war.“

Anders fühlte zu seinem Schrecken, daß er hierzu gar nichts sagen konnte. Er merkte, daß er nur die Wahl hatte zwischen völligem Schweigen und ganz unbefriedigter Mut. — Er war schon mehrmals von der Nacht über-rafft worden, die seine Liebe zu Gjatrid über ihn ausübte, nie jedoch so wie in diesem Augenblick.

Jens Begger, der ganz gewiß noch nie im Zuchthaus gewesen war, aber als Mensch nicht viel höher als Wads Horjens stand, grinst über's ganze Gesicht, sicherlich nicht bloß über des Wads Worte, sondern auch über die Wirkung, die sie auf Anders hatten. Den Großknecht dagegen machte die Situation verlegen.

„Ich hab ihn auch gefragt,“ fuhr Wads fort, „ob sie dasselbe Zimmer haben sollte, das die alte Wirtschaftsterin gehabt hat.“

„Das läßt Du in Deinen Hals hinein!“ brach Jens Begger mit schallendem Gelächter los.

(Fortf. folgt.)

Kopf für die Zeit vom 15. September 1917 bis 14. September 1918) 5,5 Zentner für den Kartoffelerzeuger und jeden seiner Wirtschaftsbeteiligten;

c) der Saatgutbedarf in Höhe von 40 Zentner für das Hektar der Kartoffelanbaufläche;

d) die für die landwirtschaftlichen, Kartoffelverarbeitenden Brennereien angezeigten Kartoffelmengen;

e) die für die landwirtschaftlichen Trocknerien und Stärkefabriken einschließlich Genossenschaften und Gesellschaften sowie Verarbeitung in diesen Fabriken angebaute, der Reichskartoffelstelle angezeigten Kartoffeln.

### Zur Kartoffelversorgung.

In Uebereinstimmung mit den Nachbargemeinden hat der Magistrat Berlin eine Bestimmung dahin erlassen, daß vom 17. September ab die Kartoffelzusatzarten für Schwerarbeiter in Fortfall kommen, so daß ein jeder gleichmäßig vorläufig bis auf weiteres 7 Pfund Kartoffeln in der Woche zu empfangen hat, und zwar in der laufenden Woche in Berlin 5 Pfund auf Kartoffelart und 2 Pfund auf den Abschritt 111 der Lebensmittelkarte. Ferner ist der Höchstpreis für das Pfund Winterkartoffeln im Kleinhandel ab 17. September auf 10 Pf. festgesetzt worden.

Sodann wird die ebenfalls in Uebereinstimmung mit den Nachbargemeinden getroffene Verordnung über den Absatz von Kartoffeln verläßt. Bei dieser Verordnung ist besonders hervorzuheben, daß die Einfuhr von Kartoffeln nach Berlin und die Ausfuhr nur mit Genehmigung des Magistrats erfolgen darf, und daß jeder, der selbst Kartoffeln bezieht, unmittelbar nach deren Eingang wahrheitsgemäß Anzeige über die empfangene Menge beim Magistrat zu erstatten und seine Kartoffelkarten bei der zuständigen Brotkommission abzugeben hat. Zuwiderhandlungen gegen die Verordnung sind mit Strafe belegt. Auch können die Kartoffeln, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, mit Beschlagnahme belegt werden.

Sodann veröffentlicht der Magistrat Berlin ebenfalls in Uebereinstimmung mit der großen Mehrzahl der Nachbargemeinden eine Bekanntmachung, in der er den Kartoffelabsatz, und zwar in Zentnern, seitens der hiesigen Einwohner unmittelbar vom Erzeuger näher regelt.

Der Magistrat sieht ebenso wie fast alle Nachbargemeinden, in diesem Winter davon ab, selbst den Haushaltungen einen Wintervorrat von Kartoffeln zu liefern, und zwar mit Rücksicht auf die erheblichen Inzuchtigkeiten, welche eine derartige Versorgung im vergangenen Jahre mit sich gebracht hat. Er ist aber bereit, denjenigen, der Kartoffeln vom Lande beziehen kann, nach Möglichkeit hierbei zu unterstützen. Entsprechende Anträge sind am besten im Bureau des Magistrats, Abteilung für Kartoffelversorgung, Schilderstr. 7, 1. Etage, zu stellen, wo auch bereitwillig die erforderliche Auskunft erteilt werden wird. Es empfiehlt sich, bei solchen Anträgen gleich einen ausgefüllten Frachtbrief mitzubringen, der den Namen und genaue Adresse des Versenders und ebenfalls die genaue Adresse des Berliner Empfängers enthält und ferner den Betrag von 45 Pf. bar oder in Briefmarken zur Dedung der entstehenden Briefauslagen. Des unmittelbaren Bezug wird zwar nicht aus sämtlichen Kreisen des Landes möglich sein, immerhin dürfte aber eine große Anzahl von Adressen, insbesondere diejenigen, aus denen die Stadt Berlin allgemein beliefert wird, die Ausführungsgenehmigung erteilen. Bevor jedoch Anträge beim Magistrat Berlin gestellt werden, empfiehlt es sich dringend, mit dem Versender in Verbindung zu treten, um festzustellen, ob und wann er in der Lage sein wird, mit Bestimmtheit die Kartoffeln zu liefern. Der Magistrat ersucht dringend, die Bekanntmachungen an den Säulen eingehend zu lesen und sich entsprechend zu verhalten, um unnütze Wege zu ersparen.

### Berliner Lebensmittel.

Der Verkauf von Schokolade für Kinder erfolgt auf gelbe Bezugsscheine vom 20. bis zum 25. September, auf rosa Bezugsscheine vom 26. September bis zum 1. Oktober, und zwar in den durch braune Verkaufsschilder gekennzeichneten Geschäften, bei denen die Anmeldeabschnitte abgeliefert worden sind. Die nicht eingelösten grünen und blauen Bezugsscheine können in der Zeit vom 20. September bis 10. Oktober nachträglich zur Einlösung vorgelegt werden.

Der Magistrat hat angeordnet, daß in der Woche vom 17. bis 23. September Fleisch zunächst nur auf Fleischkartenabschnitt der vorhergehenden Woche abgegeben werden darf und erst nach deren Verabreichung auf die neuen Abschnitte.

Auf Abschnitt 112 der Lebensmittelkarte entfallen 100 Gr. Feigwaren, auf Abschnitt 113 100 Gramm Gerstengraupen oder Gerstengröße. Die Abschnitte sind vom Montag, den 17. bis einschließlich Mittwoch, den 19. September, in den durch besondere Verkaufsschilder gekennzeichneten Kleinhandelsgeschäften abzugeben. Die Ware wird dann nach Ablauf der üblichen Frist zur Verfügung stehen.

### Die Jagd nach Feuerung.

Die beim Berliner Magistrat bestehende Deputation für die Kohlenversorgung muß gegenüber dem Ansturm derjenigen, die im Hinblick auf die geringen durch die Kohlenarten einseitigen bewilligten Kohlenmengen bei ihr eine Sonderbewilligung von Kohlen beantragen, sich für launisch erklären. Sie macht bekannt, daß sie täglich eine Unzahl von schriftlichen Anträgen dieser Art erhält. Schriftliche Ablehnung der nicht zu rechtfertigenden Anträge auf Sonderbewilligung würde ihren ganzen Geschäftsbetrieb gefährden, daher müsse sie vorläufig solche Gesuche im Interesse der Erledigung berechtigter Anträge unbeantwortet lassen. Falls binnen angemessener Zeit ein Bescheid nicht eingehe sei das Gesuch als abgelehnt zu betrachten. Da fragt sich nur, wieviel Tage, Wochen oder Monate man als „angemessene Zeit“ zu betrachten hat.

Sonderkohlenkarten für Wasch- und Kochzwecke werden für Haushaltungen in Häusern mit Zentralheizung auf besonderen Antrag des Haushaltungsvorstandes ausgestellt. Formulare sind bei den zuständigen Brotkommissionen in der Zeit vom 17. d. M. ab erhältlich. Sie sind bis zum 20. d. M. ausgefüllt der Brotkommission zurückzugeben.

### Vom „Zegen“ der Kochkiste.

Zur Ersparung von Kohle oder Gas wird mehr als je die Kochkiste empfohlen. Daß sie diesen Zweck erfüllt, ist richtig. Aber man verliere nicht, sich jetzt eine Kochkiste zu beschaffen. Wenn in einem Geschäft überhaupt noch eine zu haben ist, so wird ein unberühmter Preis dafür gefordert. Auch die Selbstherstellung stellt sich längst nicht mehr so billig, wie es mancher sich denkt. Alle erforderlichen Zutaten, die Kiste, die Holzmasse usw., haben jetzt „Kriegspreise“. Wer sich eine Kochkiste zulegt, wird Geld zunächst nicht sparen. Eine mehr oder minder lange Zeit vergeht, bis er den für die teure Kochkiste aufgewendeten Betrag durch Ersparung von Holzfeuerung oder Heizgas herausgewirtschaftet hat. Aber den Vorteil bringt ihm die Kochkiste allerdings, daß es ihm weniger schwer wird, mit der ihm bewilligten geringen Kohlen- und Gasmenge zu „reichen“. Wer schon früher mit einer Kochkiste wirtschaftete, darf jetzt lachen, weil er sie sich noch zu mäßigem Preise beschaffen konnte. Doch das Lachen vergeht ihm, wenn er daran denkt, daß ihm eine weitere Ersparung von Gas nun besonders schwer werden muß. Die Kochkiste kann ihm nicht mehr helfen, den schon früher durch sie eingesparten Gasverbrauch jetzt noch um

größere 10 Prozent einzuschränken. Sie, die er früher als Zegen pries, kann ihm heute zum Fluch werden.

### Betriebszusammenlegung oder Arbeitszeitföhrung?

Die geplante Zusammenlegung der Handwerksbetriebe findet bei den beteiligten Gewerbetreibenden geringen Beifall. Freiwillige Zusammenlegung empfehlen die Vorkommungen Groß-Berlin, um Zwang zu verhüten. In anderen Gewerben aber ist man weniger bereit, die drohende Beschränkung hinzunehmen. Feuerung und Beleuchtung glaubt man auch dadurch sparen zu können, daß die Arbeitszeit der Betriebe und die Verkaufszeit der Läden verkürzt wird. Es wird daran gedacht, für den Winter eine Beschränkung von 8-5 Uhr oder spätestens 6 Uhr in Betrieben und Läden durchzuführen.

Für die Fleischläden Berlins tritt eine freiwillige Beschränkung der Geschäftszeit bereits jetzt ein. Der Magistrat hat den Fleischern und Fleischverkäufern gestattet, vom Montag, dem 17. d. M., ab ihre Verkaufsstellen an den Wochentagen nur von 9 bis 1 Uhr und außerdem Dienstags, Donnerstags und Sonnabends weiter noch von 6 bis 8 Uhr abends offen zu halten. Zur Offenhaltung während dieser Stunden sind sie indessen verpflichtet. Es bleibt ihnen aber unbenommen, ihre Verkaufsstellen auch wie bisher offenzuhalten.

Schluß der „Sommerzeit“. Am 17. September früh 8 Uhr sind alle öffentlich angebrachten Uhren von 8 auf 2 zurückzustellen. So sagt eine amtliche Mitteilung, die den unwillkürlichen Schluß der „Sommerzeit“ verkündet. Am 17. September früh 8 Uhr tritt demnach die normale Zeit wieder in ihre Rechte. Wir haben dabei zweimal hintereinander eine Morgenlunde 2-3 Uhr, einmal beim Abschluß der „Sommerzeit“ und dann nach Zurückstellung der Uhren nochmals bei Beginn der normalen Zeit. Zur Untercheidung wird im amtlichen Verfahr die Stunde beim erstmaligen als 2A, beim zweitenmal als 2B bezeichnet. Vorsichtige Leute werden die Zurückstellung ihrer Uhren schon am Abend des 16. September, heute abend, beim Schlafengehen besorgen.

Zum Mädchenmord in der Frobenstraße, über den wir gestern berichteten, wird gemeldet: Der Koch Emil Haas ist geständig, die Erna Spindler umgebracht zu haben. Er hat ohne Zweifel die Absicht gehabt, sich des Mädchens für immer zu entledigen, wahrscheinlich aus Furcht, daß die Spindler ihn wegen Zuhälterei anzeigen werde, weil er sich von seiner Geliebten nicht trennen wollte.

Von einem Straßenbahnwagen totgefahren wurde das Töchterchen Erna des Bodenlegers Andree aus der Weuffelstr. 3. Als die Kleine in der Nähe der elterlichen Wohnung den Fahrdamm überschreiten wollte, geriet sie unter einen Wagen der Linie 17. Die Feuerwehr wurde gerufen, um die Verunglückte aus ihrer Lage zu befreien. Das Kind war aber schon tot.

Zwei große Kuh- und Pelzwareneinbrüche, bei denen den Tätern für 70 000 M. Werte in die Hände fielen, sind jetzt aufklärt. Die Diebe, die in zwei Nächten hintereinander das Geschäft von Hausdorf in der Rennhofstraße heimlich suchten, außerdem noch ein Pelzwarengeschäft, brachten ihre Beute zunächst nach einem Gebüsch des Tiergartens. Von dort schafften sie sie nach der Wohnung einer Geliebten in der Courbierestraße. Bei dem Suchen nach Abnehmern wurden sie beobachtet und dann in der Wohnung der Geliebten festgenommen. Die Täter sind ein früherer Musiker Julius Strecker, ein Arbeiter Bruno Lange und ein Schlächter Franz Wolmeier. In der Wohnung des Mädchens wurde noch ein großer Teil der Ware gefunden. Einen Teil hatte ein Händler Robert Krehn aus der Rollendorferstraße den Einbrechern abgekauft. Auch bei ihm fand man noch etwas, anderes hatte er bereits weiter verschoben. Die ganze Gesellschaft wurde hinter Schloß und Riegel gebracht.

Für den Arbeiterverkehr nach Siemensstadt werden vom 17. d. M. ab verkehrsweiserweise weitere Frühverbindungen eingerichtet: Linie 164 ab Wilhelmplatz 5, 8, 5, 23, 5, 33 und 5, 53, Linie 54 ab Weuffelstraße 4, 8, 5, 16 und 5, 36.

Im wissenschaftlichen Theater der Urania hält Dr. Richard Pohle am Dienstag einen Lichtbildervortrag über „Die Einnahme von Riga“. Der Riga, seine Lage und Umgebung, seine Bedeutung als Glied der Hanse, als moderne Handels- und Industriestadt und als Zentrum des baltischen Deutschtums schildert. Der Vortrag wird Donnerstag und Sonnabend wiederholt.

Im Zoologischen Garten ist heute wieder der billige Eintritt von 30 Pf. ohne Altersbeschränkung, ebenso für das Aquarium, das von 9-8 Uhr geöffnet ist.

Volkskonzert des Philharmonischen Orchesters Montag, den 17. September, in den Germania-Bracthallen, Chausseest. 110. Beginn 8 Uhr. Eintrittspreise 30 Pf., Kassenöffnung 7 Uhr. Der Vorverkauf in der Zentralstelle für Volkswohlfahrt, Augsburgstraße 61.

Großer Preis von Berlin. Im Sportpark Treptow gelangt heute der Große Preis von Berlin zur Entscheidung. Alle Fahrer, die in diesem Jahre gute Leistungen gezeigt haben, sind am Start. Hinzutreten noch der deutsche Meisterfahrer Saldow und der Europameister Artur Stellbrink.

### Märktliche Obstmärkte.

Die Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg beschäftigt auch in diesem Jahre Obstmärkte in Groß-Berlin und zwar in den Städten Wilmersdorf, Charlottenburg, Schöneberg, Neukölln, in den Gemeinden Steglitz, Tempelhof und Treptow zu veranstalten. Für die Obstmärkte sind folgende Lage in Aussicht genommen: In Wilmersdorf: Turnhalle der Oberrealschule, Am Seepark 36, vom 19. bis 20. September; in Charlottenburg: Turnhalle der Städtischen Kunstgewerbeschule, Wilmersdorfer Straße 166/167, vom 26. bis 27. September; in Schöneberg: Turnhalle der 10. Gemeindeschule, Ebersstr. 9, vom 4. bis 5. Oktober; in Neukölln: Turnhalle der Gemeindeschule Wobbinstraße, vom 17. bis 18. Oktober; in Steglitz: Turnhalle des Gymnasiums Heesestraße, vom 10. bis 11. Oktober; in Tempelhof: Turnhalle der Gemeindeschule Mantuffelstraße, vom 31. Oktober bis 1. November und in Treptow: Turnhalle der Gemeindeschule Kieffholzstr. 46, vom 24. bis 25. Oktober.

Neukölln. Kartoffelversorgung. Für die nächste Woche gelangen auf die 10 Abschnitte der Kartoffelarten 7 Pfund Kartoffeln zur Verteilung. Der Kleinhandelspreis beträgt vom Montag ab 10 Pf. pro Pfund.

Verzögerte Zunderlieferung. Der Magistrat teilt mit: Da auch jetzt noch nicht genügend Zunder herangelommen ist, um alle Kleinhandler zu beliefern, ist es erforderlich, den Verkauf des Zunders für die zweite Hälfte des Monats September noch einige Tage aussetzen. Bis zum 23. d. M. wird genügend Zunder herangeschafft sein, so daß von diesem Tage an jeder Bezugsberechtigte die ihm zuzurechnende Menge erhalten kann.

Neukölln. Volkstümliche Vorträge und Konzerte. Auch in diesem Winter wird die Volkstümliche Abteilung des Magistrats allwöchentlich in der Aula der städtischen Realschule in der Wobbinstraße ihre bekannten volkstümlichen Vortragsabende und Konzerte veranstalten. Das bereits aufgestellte Programm umfasst neben schon hier bekannten Vortragsstoffen eine Reihe neuer Namen. Neben Lichtbildervorträgen werden drei Kammermusikabende der Berliner Trio-Vereinigung stattfinden, denen sich im März ein Quartett- und Quintettabend anschließen wird. Ferner ist es gelungen, mehrere Mitglieder der königlichen Hofoper zu Zunderabenden zu gewinnen. Auch der Neuköllner Lehrer-Gesangverein hat seine Mitwirkung in Aussicht gestellt. Die Vorträge beginnen Dienstag, den 2. Oktober, abends 8 Uhr.

Steglitz. Mangelnde Lebensmittelversorgung. Mit der Mitteilung, daß auch dem Nahrungsausschuß Steglitz die erweiterte Befugnis zur Entscheidung in Streitigkeiten verliehen worden sei, eröffnete Stadtrat Fabarius die Gemeindevorstellung am Freitag. Der Lebensmittelbezugsamt Schöffe Jochem gab hierauf einen Bericht mit dem nun schon gewöhnlichen Schlusssatz: die Gemeinden können nur verteilen, was ihnen von den übergeordneten Stellen überwiesen wird; Beschwerden an diese Stellen werden meist nicht beantwortet, sondern einfach zu den Akten gelegt. Die sehr rege Aussprache brachte zahlreiche Wünsche und Beschwerden zum Vorschein; hauptsächlich wurde die zurzeit wieder sehr mangelhafte Kartoffellieferung getadelt und eine Vorverforgung für den Winter gefordert, auch die Knappheit und die schlechte Beschaffenheit des Brotes gerügt und ein Einschreiten hiergegen, eventuell Herstellung in Gemeindebetrieben, gefordert. Auch das Vorgehen der Behörden gegen den Magistrat von Neukölln wurde bei dieser Gelegenheit in das rechte Licht gerückt. Schöffe Jochem hält eine Vorverforgung mit Kartoffeln für unmöglich, da uns die erforderlichen Mengen nicht geliefert werden. (?) Doch werde er versuchen, im Falle reichlicherer Belieferung durch eine Kartoffelreservebestellung dem Wunsche einigermaßen nachzukommen. Die immer wieder aufgestellten Behauptungen, daß Steglitz schlechter mit Lebensmitteln versorgt werde als andere Orte, bezeichnete Herr Jochem als bloße Behauptungen ohne Beweise. In Wirklichkeit sei die Versorgung sehr gleich, und nur durch die Ausgabe zu verschiedenen Zeiten entliehe der Anschein der Ungleichheit. Wer sich genauer damit befaße, könne feststellen, daß innerhalb einer gewissen Zeit tatsächlich ein Austausch stattfinde. Die gegen den Neuköllner Magistrat gerichteten Verfügungen würden den Gemeindevorstand nicht hindern, nach wie vor berechnete Beschwerden auch öffentlich als berechtigt anzuerkennen und um deren Abstellung bei den zuständigen Stellen bemüht zu sein. Der Bericht des Stadtrats Fabarius über die Kohlen-, Gas- und Elektrizitätsversorgung basierte leider auch nur auf der „Hoffnung“, daß es gelingen werde, die Kohlen heranzuschaffen. Die Gemeindevorstellung ließ es auch in der Frage der Gasversorgung und -beschränkung nicht an der ungeschminkten Kritik der „zuständigen Stellen“ fehlen.

In der Angelegenheit des Verkaufs der Englischen Gaswerke beschloß die Vertretung nach eingehender Aussprache, sich dem Berliner Protest anzuschließen und wie bisher gemeinsam mit Berlin und den übrigen Vororten zu handeln. Dieser Beschluß wurde gefaßt, trotzdem Schöffe Siegmund unter Berufung auf ein neuerliches Angebot des Landrats, im Falle der Erwerbung durch den Kreis die Gemeinde Steglitz an der Verwaltung zu beteiligen, lebhaft für den Anschluß an den Kreis eintrat. Nach seiner Meinung seien die Gemeindevorstellungen beim Kreis am besten gewahrt, während sie bei dem Anschluß an Groß-Berlin „in dem großen Kessel“ verschwänden.

Treptow. Lebensmittel. In der kommenden Woche werden verteilt: 7 Pfund Kartoffeln, auf Abschnitt 17 der Eierkarte 1 Ei, auf Abschnitt 87 der Lebensmittelbezugskarte 250 Gramm Pasterisiermilch, auf Abschnitt 14 der Bezugskarte für Jugendliche 125 Gramm Soja, auf Abschnitt 9 der Bezugskarte für Personen über 65 Jahre 3 Surwenwürfel, auf Abschnitt 23 der Zuckerkarte 375 Gramm Zucker und 375 Gramm Cinnamonzucker, zusammen also 1 1/2 Pfund Zucker, außerdem Reis in den Konfiturengeschäften ohne Einschränkung.

Preis. Lebensmittel. In der Woche vom 17.-23. September gelangen in der Verkaufsstelle der Gemeinde zur Abgabe auf Abschnitt 21 Pasterisiermilch (1/2 Pfd. je Person), 22 Nüssenstümmel (1/2 Pfd. je Person), 23 Rogalstücken (1 Zeller je Person), 24 Bouillonnwürfel (1 Stück je Person), 25 Sonderzuteilung und auf 26 Brotlaibchen, Nahrungsmittel, Mandel-Pfefferkuchen, Würstchen usw. Ferner werden abgegeben: Pfeffer, Salz, Gurken, Streichhölzer und Salmial-Waschmittel; außerdem wird ein Paket Reis gegen Vorlage der Milchkarten für Kinder bis zu sechs Jahren abgegeben.

Weißensee. Lebensmittel. In der nächsten Woche werden folgende Lebensmittel verabsolgt: Auf Abschnitt 73 K der Kartoffelkarte 125 Gramm Graupen; die Entnahme muß in dem Kolonialwarengeschäft stattfinden, in welchem der Inhaber der Kartoffelkarte sich in der Zeit vom 8.-11. August angemeldet hat. Auf Abschnitt 14 der aufgerufenen Eierkarte wird in der Verkaufsstelle Langhansstraße 103 ein Ei verabsolgt. Nach dem 22. September können Eier auf Abschnitt 14 nicht mehr entnommen werden. In der Verkaufsstelle Viktoriustr. 24 wird Käse abgegeben. Auf jede Reichsfleischvollkarte werden 100 Gramm verabsolgt. Die Reihenfolge der Kaufberechtigten wird durch die aufgerufenen Vorkartennummern bestimmt. Beim Kauf sind die laufenden Reichsfleischvollkarten und die Kopfstücke der Brotmarken der 184. Woche vorzulegen.

Zegel. Lebensmittel. In der nächsten Woche werden 5 Pfund Kartoffeln verabsolgt, auf den Zusatzartenabschnitt 73 2 Pfund. Am Mittwoch ab kann auf Abschnitt 7 der Lebensmittelkarte ein Ei à 40 Pf. entnommen werden. Vom Donnerstag ab werden auf Abschnitt 57 der Lebensmittelkarte 100 Gramm Suppenmehl für 14 Pf., 100 Gramm Feigwaren (Ausgangsware) für 17 Pf. verteilt. Die Abschnitte müssen bis Montag, den 17., im Besitz des Kleinhandlers sein, da dieser sonst nicht in der Lage ist, für rechtzeitige Heranschaffung der Ware Sorge zu tragen. In der Gemeindevorverkaufsstelle gelangen Fischkonserven zum Verkauf.

### Groß-Berliner Parteinachrichten.

Neukölln. Frauenversammlung Montag, den 17. September, abends 8 1/2 Uhr, in den „Passage-Festsälen“, Bergstraße 161/62. Genosse Stadtrat Wuyh spricht über: Die Gas- und Kohlenversorgung und die Genossin Gertrud Hanna über: Die Frau im Wirtschaftsleben in Vergangenheit und Zukunft. Gäste, durch Mitglieder eingeführt, willkommen.

Cöpenick. Die in dieser Woche fällige Wahlvereinsversammlung fällt aus. Ueber eine besondere Veranstaltung erfolgt weitere Mitteilung.

Frederdorf-Petershagen. Am Mittwoch, den 19. September, abends 8 1/2 Uhr: Jahlabend bei Kirchner. Tagesordnung: Vortrag und Aussprache. Bericht von der Kreisversammlung. Das Ergebnis der Hausflurwahl. Außer den Mitgliedern sind hierdurch auch die „Vorwärts“-Leser eingeladen.

### Gerichtszeitung.

Einer, der „sich nicht irren kann“.

Der auf der Trabrennbahn zu Mariendorf beschäftigte Toilettenfrau hat der Kaufmann Gustav Jäeger es zu verdanken, daß er vor dem Gefängnis bewahrt blieb. Er war wegen Diebstahls von einer Gefängnisstrafe von drei Wochen und 300 M. Geldstrafe verurteilt worden, weil der Volkseisergeant Orda belundet hatte, er habe den Angeklagten beim Diebstahls beobachtet; als dieser sich verfolgt fühlte, set er in die Toilette geflüchtet, und beim Wiederherausretreten sei er von ihm festgenommen worden. Auch in der Berufungsinstanz vor der zweiten Ferienkammer blieb der Weant dabei, daß er sich in der Person gar nicht irren könne. Demgegenüber behauptete die Toilettenfrau Pöttcher unter ihrem Eide, daß sich der Angeklagte während des ganzen vorigen Rennens auf der Toilette befunden habe und der von den Beamten geindete Mann sich noch auf der Toilette eingeschlossen gehalten habe, als der Angeklagte abgeführt worden

war. Der Staatsanwalt beantragte trotz dem Verwertung der Berufung, weil der Beamte nach dessen Versicherung sich nicht geirrt haben könne. Das Gericht gelangte aber zur Aufhebung des ersten Urteils und zur Freisprechung des Angeklagten.

### Unlauterer Wettbewerb beim Möbelhandel.

Der Möbelhändler Franz in Berlin hatte im „Lokal-Anzeiger“ Anzeigen veröffentlicht, die etwa folgende Fassung hatten: „Schlafzimmer, Speisezimmer, Piano schnell zu verkaufen.“ Die Anzeige ließ nicht erkennen, daß sie von einem Händler herrührte. Franz wurde wegen unlauteren Wettbewerbes vom Landgericht zu einer Geldstrafe von 100 M. verurteilt. Es sei anzunehmen, daß der Angeklagte mit Absicht jene Fassung gewählt habe, damit das Publikum annähme, es handle sich um besonders günstige Gelegenheitskäufe und nicht um das Angebot eines Möbelhändlers. Angeklagter habe somit gegen § 4 des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb verstoßen, indem er in der Absicht, den Ansehen eines besonders günstigen Angebotes hervorzuheben, in öffentlichen Bekanntmachungen wissentlich unwahre und zur Irreführung geeignete Angaben gemacht habe. Er habe damit gerechnet, daß Kaufsüchtige, die erst einmal bei ihm seien, nicht gleich wieder umkehren würden, wenn sie seine Eigenschaft als Händler erkennen. Das Kammergericht verwarf die vom Angeklagten eingelegte Revision.

### Rundraub oder Diebstahl?

Wegen Diebstahls war ein Schlächtergeselle G. vom Landgericht verurteilt worden, weil er für seine Familie sieben Pfund Brust im Werte von 25 M. seinem Arbeitgeber weggenommen hatte. Er legte Revision ein und machte geltend, es läge Rundraub vor, so daß er nur zu einer Geldstrafe hätte verurteilt werden können. Das Kammergericht verwarf aber das Rechtsmittel. Ohne Rechtsirrtum sei angenommen worden, daß sieben Pfund Brust keine geringe Menge und auch nicht von unbedeutendem Werte seien, sowie daß von einer Bestimmung zum alsbaldigen Gebrauche nicht die Rede sein könne. Mit Recht sei Diebstahl angenommen worden.

### Vom Gesetz über die Sicherheitshaft.

Frau Domb, eine galizische Oesterreicherin, war vom Schöffengericht in Berlin zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden, weil sie ihrem Manne bei der Entziehung der Behrschuld beihilflich gewesen war. Das Schöffengericht erklärte die Strafe durch eine erlittene Sicherheitshaft für verhängt, indem es glaubte, zugunsten der Frau den § 12 des Gesetzes vom 4. Dezember 1916 anzuwenden zu können, das die Verhaftung und Aufenthaltsbeschränkung auf Grund des Kriegszustandes und des Belagerungsgesetzes betrifft. Der § 12 bestimmt: „Eine auf Grund dieses Gesetzes erlittene Haft kann in einem auf Strafe lautenden Urteil ganz oder teilweise zur Anrechnung gebracht werden.“ Nur die Staatsanwaltschaft legte Verurteilung ein, beschränkte sie aber auf das Strafmaß, so daß das erste Urteil hinsichtlich der Schuldfrage rechtskräftig war. Das Landgericht ging deshalb auf den Einwand der Frau, sie als Oesterreicherin hätte wegen Verhülfe zur Entziehung der Behrschuld ihres ebenfalls Oesterreichischen Ehemannes von einem deutschen Gericht überhaupt nicht verurteilt werden können, nicht ein. Dagegen erkannte es auf die Verurteilung der Staatsanwaltschaft dahin, daß die Strafe nicht durch die Schutzhaft verhängt sei. Die militärische Sicherheitshaft der Angeklagten könne auf die Strafe nicht angerechnet werden, weil sie wegen Spionageverdachts verhängt worden und eine militärische Sicherheitshaft gewesen sei. Das Kammergericht verwarf die von der Angeklagten eingelegte Revision. Mit Recht habe sich das Landgericht nur hinsichtlich des Strafmaßes ausgelassen und die Anrechnung der militärischen Sicherheitshaft auf die fragliche Strafe verneint. Diese Anrechnung habe nicht erfolgen können, weil der § 12 des Gesetzes vom 4. Dezember 1916, wie dieses ganze Gesetz, nur auf Reichsdeutsche Anwendung finde. Der § 11 des Gesetzes sage ausdrücklich, daß die Schutzhaft auf Grund dieses Gesetzes gegen Deutsche in gewissem Umfange zulässig sei. Schon daraus folge, daß das Gesetz nur auf Deutsche Anwendung finden könne. Ausländer seien nicht geschützt durch dieses Gesetz. Somit könne auch § 12 auf sie nicht angewendet werden. Aus diesem Grunde könne dahingestellt bleiben, ob die Anrechnung nicht auch schon deshalb unzulässig wäre, weil es sich bei der fraglichen Schutzhaft um ein ganz anderes Verfahren handelte, als das war, in welchem die angeklagte Oesterreicherin vorliegend verurteilt worden sei.

### Diebstähle in der Baubude.

Drei Maurer, die bei Sanalisationsarbeiten unter den Linden beschäftigt waren, verlangten durch eine Klage beim Gewerbeamt von ihrem Arbeitgeber, der Baufirma Jänike, Schadenersatz für Stiefel, die ihnen aus der Baubude gestohlen worden sind. Die Bude befand sich in der Charlottenstraße, also in einiger Entfernung von der Baustelle. Sie war mit einem Vorlegebrett versehen und regelmäßig verschlossen; einen Schlüssel hatten die Maurer, einen zweiten hatten die Hilfsarbeiter in Verwahrung. Ein Wächter, der unter anderem auch die Baubude zu beobachten hatte, war vorhanden. Trotzdem sind die Diebstähle am hellen Tage während der Arbeitszeit ausgeführt worden. Dadurch haben zwei der Kläger je ein Paar Stiefel eingebüßt, und dem dritten Kläger sind sogar zwei Paar Stiefel zu verschiedenen Zeiten gestohlen worden. Dem Gericht erschien es zweifelhaft, ob hier eine Schadenersatzpflicht der beklagten Firma angenommen werden könne, denn sie habe ja ihre tarifmäßige Verpflichtung, eine verlässliche Baubude zu stellen, erfüllt. Fraglich sei allerdings, ob im vorliegenden Falle eine besondere Aufsichtspflicht der Firma daraus gefolgert werden könne, daß die Baubude infolge polizeilicher Vorschrift in einiger Entfernung von der Baustelle aufgestellt wurde. Mit Rücksicht auf die zweifelhafte Rechtslage riet der Vorsitzende zu einem Vergleich, den der Vertreter der Firma aber grundsätzlich ablehnte. Er wünschte eine Entscheidung, um auch für künftige Fälle eine Richtschnur zu haben. Im übrigen sei die Firma nicht abgeneigt, den Klägern freiwillig eine billige Entschädigung zu zahlen. Der Vorsitzende bemerkte hierzu, eine Entscheidung in diesem Falle sei nicht ohne weiteres für andere Fälle maßgebend, denn es komme ja immer auf die besondere Lage jedes Falles an. Schließlich nahmen die Kläger auf Anraten des Vorsitzenden die Klage zurück, während der Vertreter der Firma versprach, bei dieser eine billige Entschädigung von wenigstens der Hälfte der klägerischen Forderungen zu befrworten.

Eine ähnliche Klage richtete sich gegen die Baufirma Held u. Brande. Der Kläger forderte 100 M. Schadenersatz, weil ihm auf einer auswärtigen Baustelle ein Paar Stiefel, ein Jackett und Werkzeug gestohlen worden sind. Eine Baubude war dort nicht vorhanden. Die Arbeiter wohnten meistens so nahe der Baustelle, daß sie sich nicht umziehen brauchten. Dem Kläger und anderen, die weiter entfernt wohnten, war ein nicht verschließbarer Raum der Kantine zum Umziehen und zur Aufbewahrung der Sachen angewiesen worden. Nach Angabe des Klägers hat die Bauleitung einen besonderen Wächter für den Umkleeraum bestellt. Aber am Tage des Diebstahls war der Wächter nicht zur Stelle, weil ihn der Polier für Bauarbeiten verwendete. Auch in diesem Falle schien es dem Gericht zweifelhaft, ob die Firma Schadenersatzpflichtig gemacht werden könne. Jedenfalls wäre noch eine zeitraubende Beweisüberhebung notwendig gewesen. Unter Berücksichtigung dieser Umstände erklärte sich der Vertreter des Klägers mit einem Vergleich einverstanden, wonach die Firma den Kläger mit 40 M. entschädigt.

### Aus aller Welt.

Eisenbahnzusammenstoß bei Hannover. In der Nacht vom 14. zum 15. d. M. fuhr auf Bahnhof Vorhelm ein Güterzug bei der Ausfahrt einem nachbargleis haltenden zu weit vorgefahrenen Güterzug in die Flanke. Bei dem Unfall wurden der Packwagen des Güterzuges beschädigt und ein Schaffner getötet, ein Schaffner schwer und eine Hilfschaffnerin leicht verletzt. Der Materialschaden ist nicht sehr hoch. Es entgleiten eine Lokomotive und sechs Wagen.

### Jugendveranstaltungen.

Charlottenburg. Arbeiterjugendheim. Dienstag, den 18. abends 8 Uhr: Vortrag des Genossen Weimann über „Die Ziele der Jugendbewegung“.

### Briefkasten der Redaktion.

B. 10. 1084. 1. Während der Zeit der Fahnenflucht haben Sie keinen Anspruch auf Pöhlung und Verpflegungsgeld. 2. Falls Sie nur 6 Monate Gefängnis erhalten haben, müßte Ihre Familie nach § 11 W. 1b vom

Loge des Strolachtricks an wieder Unterstüfung erhalten. — Johann 335. In den Pöhl nicht, aber in das Nationale. — G. 15. Da die Firma verlangt, daß die Garde eine an einem bestimmten Ort aufbehalten wird, hat sie auch ausreichende Sicherheitsmaßregeln zu treffen. Da dies nicht geschehen ist, hat die Firma für den Schaden. — K. 35. 1. Wegen der Arbeitgeberunterstützung müssen Sie sich bei der Revisionstellung melden. 2. Sie müssen bei der Anwaltsversicherung einen Antrag auf Festsetzung des Anspruchs auf Anwaltsrente stellen. Die Rente bekommen Sie aber erst, wenn Sie tatsächlich insoweit im Sinne des Gesetzes sind. 3. Witwenrenten, aber nicht zu verwechseln mit Rente, bekommt nur die selbstverschuldeten Witwe. — J. 18. Sie werden sich am besten an die Kaufmännische des Roten Kreuzes, Berlin, Leipziger Platz 13. — K. Agence des renseignements pour prisonniers de guerre. Genf, Rue de l'Athènes 3. — G. 1. Sie können sich als Präsident bezeichnen. 2. Andersdenkende. — R. 1. 39. Die Unterstüfung wird doch nur für den Unterhalt von der Armenverwaltung gewährt. Da der Unterhalt zurzeit von der Krankenkasse getragen wird, fällt die Armenunterstüfung fort. — G. 1. 37. 1. Die Summe wird als Wert des Streitgegenstandes angenommen. 2. Beantragen Sie doch beim Bezirksvorsteher ein Armutszeugnis und dann beim Amtsgericht Verleihung des Armenrechts. — F. 15. Noch ein Kalenderjahr nach dem Austrittsjahr. — A. 6. 41. Sie müssen zahlen. — Langjähriger Lehrer. Ihre Aufträge sind unklar. Weisen Sie die Reichsmögenshilfe oder Kriegskinderhilfe. Legen Sie den Sachverhalt erst dar. — W. 1. 36. Kommen Sie in die Erziehungsanstalt. — G. 13. 1. und 2. Nein. Sie selbst hatten jedoch Anspruch auf Mietunterstüfung. — W. 2. 600. Die Wohnung kann zum Ablauf des Vertrages gekündigt werden. Wegen der Zahlung der vollen Miete stellen Sie Antrag an das dortige Mietseignungsamt eventuell an den Gemeindeverstand wegen Vermittlung. — A. 6. 100. Kommen Sie in die Erziehungsanstalt. — W. 14. An die Handwerkskammer, Berlin, Teltower Straße. — A. 7. 99. Sie müssen vor einem Notar einen Güterrechtsvertrag schließen, in dem Sie das Eigentum Ihrer Ehefrau anerkennen, auch auf den Nießbrauch verzichten, dann beantragen Sie Eintragung in das Güterrechtsregister. — G. 1. 47. Sie sind Soldat. Die Steuerfrage läßt sich genau nicht beantworten. Haben Sie zurzeit hier in Berlin noch Einkommen? Sagen Sie vor der Einberufung mit mehr als 1000 M. veranlagt? — G. 1. 121. 1. Falls keine Kinder vorhanden sind, erben die Eltern respektive Geschwister die Hälfte. 2. Ja. — G. 2. 30. G. 2. Wenn die Ehegattin wegen Gebrauch erfolgt, kann dem als schuldigen Teil auf Antrag verboten werden, die Verlobung, mit welcher er Gebrauch getrieben hat, zu heiraten. — F. 6. 20. Sie können die Forderung nicht mehr verhindern. Führt sich der Sohn beim Militär auf, wird ihm wahrscheinlich der Rest der Forderung erlassen. — H. 23. 90. Nein. — P. 1. 100. Ihre Frage ist unverständlich. — W. 10. Nein. Ihre Eltern können dann vom Lehrgang halbiert gemacht werden. 2. In das Bezirkskommando, eventuell an den Truppendirektor direkt. 3. Bedenken Sie doch erst Ihre Vergebung. Für Ihr späteres Fortkommen ist dies ungewiss, halt vorteilhaft. — Erbschaftsangelegenheit. 1. Die Erbschaft ist nicht verhängt. 2. Ihr Stiefvater konnte nur seine legitimen Eltern erben. Sie werden Ihre gemeinsame Mutter und den legitimen Vater. — Alfred 21. Sie sind doch Soldat und rechnen die Dienstzeit selbstverständlich weiter. — Zehnjährige 1917. 1. Es ist leider nur durch eine Beschwerde Weisung zu erhalten. 2. Unberechtigter Urlaubsbewerbung kann nur durch Beschwerde im Instanzwege abgeholt werden. — K. 12. Ihre Strafe ist durch den Anwaltsrat gekündigt. — K. 7. 99. Die sonst nötigen Papiere, Geburtsurkunde usw. und die Einmündigung der Militärbehörde. — K. 1. 67. Eine Beschwerde wäre beim Polizeipräsidenten über das Polizeirevier einzureichen. — O. 3. Weisung. Sie haben keinerlei Anspruch, da Ihr Mann nicht Kriegsteilnehmer ist. — A. 1. Ja. — Z. 1. 3805. Sagen Sie zur Zeit der Geburt des Kindes noch Soldat, so hat Ihre Frau Anspruch auf Reichswohnenhilfe. Antrag ist an die Krankenkasse, der Sie zuerst vor Ihrer Einberufung angeben, zu richten. Falls Sie zurzeit schon entlassen und Wehrfähigkeit vorliegt, ist ein Antrag an die Kriegskinderhilfe deutscher Frauen, Vorstandszentrale der Frau Kronprinzessin in Potsdam, Neuer Garten, zu richten. — G. 1. 100. 1. Nach der Bundesratsverordnung vom 30. September 1916 R. 6. 11. 1097, § 1 sind von der Unfallversicherung befreit Verletzte, die vor dem Kriege keine versicherungspflichtige Tätigkeit ausgeübt haben, auch nach Beendigung des Krieges nicht anstellen werden, die also nur während der Kriegsdauer eine sonst versicherungspflichtige Beschäftigung ausübten. Entrichtete Beiträge werden nach § 2 jedoch nicht rechtsunwirksam. Will solche Verletzte versichert sein, so muß sie es dem Direktorium melden. 2. Ja. — W. 2. 100. 1. Ja. 2. Nein. — R. 58. Ein preussischer Morgen fast 2553 Quadratmeter. Die Quadratmeter ist kein gebrauchliches Flächenmaß mehr, ihre Größe ist in den einzelnen Ländern verschieden, in Deutschland war sie in der Regel 10 Hektar lang und 10 Fuß breit. — K. 1. 68 118. Die Behörde ist im Reichs-Rath § 151 des R. L. Str. G. B. können Sie ohne Einwilligung der Militärbehörde nicht heiraten. — A. 2. 8. 1. Ja. 2. Nein. — Käthe 24. 67. 1. Ja. 2. Stellen Sie Antrag bei der Landesversicherungsanstalt wegen Weisungserklärung der verfallenen Karte unter Durchführung des Sommerdats. — W. 1. 7. 6. Ja. — Schöne im Felde. Die Frage ist unklar. Halten Sie Kriegstrümmung? Haben Sie begun, die Frau einen eigenen Haushalt? Hat sich durch die Heirat in den häuslichen Verhältnissen etwas geändert? — W. 1. 9000. 1. und 2. Nein.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Montag mittag. Kühl und veränderlich, vorwiegend wolfig, öfter leichte Regenfälle.

Unserem lieben Genossen und Abteilungsleiter  
**Stefan Fritz**  
die besten Wünsche und herzlichste Gratulation zum 60. Geburtstag am 20. September 1917.  
Der Vorstand des Sozialdemokraten Vereins Berlin III. (S. P. D.)

Allgemeine Ortskrankenkasse für  
**Nowawes**  
und Umgegend.  
Am Montag, den 24. September, abends 8 1/2 Uhr, findet im kleinen Saal des Restaurants „Wag Singer, Riesenstr. 31, eine außerordentl. Ausschusssitzung statt, zu der die Mitglieder des Ausschusses hierdurch ergebenst eingeladen werden. 279/11

Tagesordnung:  
1. Statutenänderung.  
2. Verschiedenes.  
Nowawes, 15. September 1917.  
Der Vorstand:  
W. Karsten, K. Wilk,  
Vorsteher, Schriftführer.

**Mehr Gemüse!**  
Die Norddeutsche Gemüsebau-Gesellschaft (Gesellschaft Berlin W 15, Pariser Straße 18a) vergrößert ihre Plantagen auf das Doppelte und nimmt sehr weitere Mitglieder mit Anteilen von  
**100 Mark**  
bis zu 2000 Mark als stille Teilhaber auf. Kriegsanteile sind zum vollen Nennwert in Zahlung genommen. Jedes Mitglied erhält Gemüse für den eigenen Bedarf. Das übrige wird an die Reichsgemeinschaft verkauft. Der Reingewinn dient zur Vergrößerung der Plantagen und wird als Dividende an die Mitglieder verteilt. 82/5\*  
Räheres durch den Vorstand.

**Bekanntmachung.**  
**Teigwaren, Gerstengraupen oder Gerstengrütze.**  
Gemäß § 5 der Verordnung über Lebensmittelarten vom 18. Oktober 1916 wird für den Gemeindegeld der Stadt Berlin folgendes bestimmt:  
I. Auf Abschnitt Nr. 112 der Lebensmittelkarte entfallen 100 Gramm Teigwaren.  
II. Auf Abschnitt Nr. 113 der Lebensmittelkarte entfallen 100 Gramm Gerstengraupen oder Gerstengrütze.  
III. Die Abschnitte Nr. 112 und 113 sind in den durch ein Ausschussmitglied „Verkauf von Teigwaren auf Lebensmittelkarten der Stadt Berlin“ gekennzeichneten Geschäften gegen Empfangsbekundigungen, und zwar in der Zeit vom Montag, den 17., bis einschließlich Mittwoch, den 19. September 1917, abzugeben.  
Nachträgliche Annahme findet nicht statt.  
IV. Die Kleinhandelsgeschäfte haben die von ihnen angenommenen Kartenabschnitte in der bisher vorgeschriebenen Weise an ihren Großhändler abzuliefern und zwar am Donnerstag, den 20. September 1917.  
V. Die Ware wird dann in der üblichen Zeit bei den Kleinhandelsgeschäften gegen Rückgabe der Empfangsbekundigungen zur Verfügung stehen, sie muß spätestens bis zum 19. Oktober 1917 abgenommen werden, da sonst der Anspruch auf Lieferung verfällt.  
VI. Es ist unzulässig, die Kartenabschnitte in Geschäften abzugeben, in denen nicht das vom Magistrat ausgegebene Ausschussmitglied (siehe zu III) angebracht ist. Geschäfte, die nicht im Besitze des Ausschussmitgliedes sind, ist die Annahme der Kartenabschnitte untersagt.  
Berlin, den 15. September 1917.  
Magistrat der Königl. Haupt- und Residenzstadt.  
296 Br. 5. Abteilung für Brotverforgung.

**Spezialarzt**  
Dr. med. Coleman  
Geschlechtskrankh., Haut-, Harn-, Frauenleiden, nervöse, Schwäche, Beinkranke.  
Ehrlich-Hata-Kuren (Dauer 12 Tage), Behandl. schnell, sicher u. schmerzlos ohne Berufsunfähigkeit in Dr. Homeyer & Co. konz. Labor. Blutunters., Fäden im Harn usw. gegenüb. Friedrichstr. 81, Panoptik. Königstr. 34-36, Eke-Novo. Spr. 10-1 u. 5-8, Sonnt. 10-1. Honorar mäßig, a. Teilszahl. Separates Damenzimmer.

**Moderne Kostüme, Mäntel, eleg. Kleider, Röcke** aus la Stoffen, neueste Formen! 218 L. Ulster, Plüsch- u. Tuchmäntel  
**Sammet-Kleider** Jacketts Blusen! Regenmäntel! (Br. Ausmaß) - alle Größen  
Fabriklager - Verkauf an Private.  
**MICHAELIS**  
Mauerstr. 80, 1 Trepp neben Souveränhaus.

**GARBÁTY**  
CIGARETTEN  
Burschenschaft  
83

**Resterhandlung**  
Becker, Seydelstr. 1, Spittelm. Billig viele Reste Herren-, Damen- u. Futterstoffe, Seide, Sammet, Plüsch, Krimmer u. Astrachan Maßanfg. Arbeitslohn: Rücke 4-6 M., Jacken u. Mäntel 10-12 M., Anzüge 30 M., Hosen 7 M., Tadellos. Sitz garantiert, sonst kein Abnahmewang. 531.\*

**Kranzspenden**  
sowie sämtliche Blumenarrangements liefert schnell und billig  
**Paul Gross, Lindenstr. 69, Tel. 101. 7208.**

**Dr. Gliksmann, Landsberger Allee 30.**

**Gründliche Behandlung**  
von Nerven-, Nieren-, Frauenleiden (Unterleibeleiden), Lungenleiden, Tuberkulose, Magen- und Darmleiden, Epilepsie, Schlaflosigkeit, Schwächezuständen, Ischias, Rheumatismus, Gicht, Flocken, Hautleiden usw.  
**Dir. Hermanns, Elsenstr. 42/1, direkt a. d. Friedrichstr. Sprechst. tägl. 10-1 u. 5-8, Sonnt. 10-1 Uhr.**

**Seft- bis 25**  
**Wein- bis 4**  
**Korfe**  
und alle anderen Sorten sowie  
**Zelluloid- | Film- | Hartgummi- | Wachswalzen- | Schallplatten-** Abfälle  
Ordover G. m. b. H. Berlin, Georgenkirchstr. 50 beim Alexanderplatz, 9-12, 3-6 Uhr.

**Trumpf-As**  
Likör (herb) M. 0,50 p. Lt.  
**la. Glühpunsch-Extrakt**  
1. Qual. M. 3,90 p. Liter  
2. " " 2, " "  
3. " " 1,60 " "  
Marko „Schelm“ Likör M. 4,50 p. L.  
Nach auswärts nicht unter 5 Liter, für Berliner Abnehmer auch kleinere Quantitäten  
Verkaufsstelle: Berlin, Marsilius-Straße 21.  
**Hermann Führer, Berlin O.**  
Tel. Königstadt 2949.

**Wie ein Wunder** befehtigt 118082\*  
**San-Rat Hausalbe**  
Dr. Strahls  
jeb. Hautauschlag, Bleichen, Hautjucken, bei Weis- schäden, Krampfadern der Frauen u. dergl. Zufolge erfolgt per Nachnahme in Dosen a 2,20, 3,85, 6,00.  
Elefant-Apothek, Berlin, Leipziger Str. 74 (am Dönhofsplatz).

**Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek**  
verschiedene Hefte das Stüd 20 Pfg.  
In beziehen durch  
**Buchhandlung Vorwärts**  
Berlin SW., Lindenstr. 3.

**Heines Werte**  
3 Bände 5 M. Buchhandlung Vorwärts

**Kenters Werte**  
3 Bände 5 M. Buchhandlung Vorwärts

**Deutscher Transportarbeiter-Verband**  
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Folgende Kollegen sind im Felde gefallen:  
**Ricard Barta**, Geschäftsdienner.  
**Karl Behring**, Industriearbeiter.  
**Paul Brusl**, Kohlenkutscher.  
**Max Gerlach**, Geschäftskutscher.  
**Karl Golke**, Droßkutschenschaffner.  
**Willi Krieger**, Industriearbeiter.  
**Wilhelm Lenz**, Geschäftsdienner.  
**Max Mohns**, Industriearbeiter.  
**Bruno Pratsch**, Geschäftsdienner.  
**Reinhold Pratz**, Arbeitskutscher.  
**Max Richter**, Geschäftsdienner.  
**Adolf Rudolf**, Geschäftsdienner.  
**Fritz Sangerhausen**, Arbeitskutscher.  
**Ernst Seipt**, Industriearbeiter.  
**Albert Schultz**, Straßenbahnarbeiter.  
**Paul Stahr**, Kollkutscher.  
**Erich Wachsmut**, Arbeitskutscher.  
**Otto Westphal**, Packer.  
**Franz Wirsig**, Industriearbeiter.

Ehre ihrem Andenken!  
 Die Bezirksleitung.

7/15

Schon wieder erreicht uns die traurige Nachricht, daß einer unserer Angestellten in der Blüte seiner Jahre ein Opfer des Weltkrieges geworden ist. Am 10. September verstarb im Lazarett an den Folgen seiner schweren Wunden

**Herr Erich Böhnhardt.**

Wir verlieren in dem Verstorbenen einen gewissenhaften und treuen Mitarbeiter. Sein Andenken soll uns stets in Ehren bleiben. [445b]

Der Vorstand

der Ortskrankenkasse für das Buchdruckgewerbe zu Berlin.

Unbarmherzig hat das tragische Weltgeschehen seine weitere Lücke in unsere Reihen gerissen. Nach erfolgter schwerer Verwundung (Boockenschuß und Gasphlegmons) starb in einem Kriegslazarett am 10. September d. J. unser lieber Kollege, der Landsturmmann

**Erich Böhnhardt**

im 41. Lebensjahre. Schon einmal vom Schicksal verfolgt, verließ ihn trotzdem nicht sein im Dunkel des Lebens glänzender Humor. Um so mehr erschütterte uns die betäubende Nachricht, daß schon nach kurzem Verweilen auf dem Kriegsschauplatz zum zweiten Male das Unglück sich ihm entgegenstellte. [446b]

Nun ist er erlöst von Qualen und Schmerzen. Doch weiter noch lebt er in unseren Herzen.  
 Die Kolleginnen und Kollegen der Ortskrankenkasse für das Buchdruckgewerbe zu Berlin.

Als Opfer des Weltkrieges fiel bei einem Sturmangriff in der Nacht vom 9. zum 10. August 1917, mein lieber Enkel, Sohn und Bruder, der Kunstler

**Karl Schnöckenhaus**

Ruh. des Eisernen Kreuzes, im 19. Lebensjahre.  
 In tiefer Trauer  
 Witwe Henriette Schnöckenhaus, als Großmutter,  
 Schönberg, Bahnstr. 28.  
 Marie Schnöckenhaus, als Mutter.  
 Erich Schnöckenhaus, zurzeit im Felde,  
 Helene Schnöckenhaus,  
 Anna Schnöckenhaus,  
 Martha Schnöckenhaus,  
 als Geschwister.

Du gingst so früh zur Ewigkeit Was laden die paar Worte für dieses Herzleid? In tiefem Schmerze Deine Schwester Helene.

Verband der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe (Deutsch. Senefelder-Bund).

**Kurt Goedicke**

am 12. September im Alter von 40 Jahren an Nierenentzündung und Arterienverkalkung verstorben ist. Sein Andenken werden wir in Ehren halten.

Die Beerdigung findet am Montag, den 17. September, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Reichshofes, am Mariendorfer Weg, aus statt.  
 Wir erwarten eine rechte rege Beteiligung.  
 156/9 Die Verwaltung.



**Dora Schmidt**

Die Einäscherung unseres verstorbenen Mitgliedes, Frau  
 Berlin, Urtresterstraße 27.  
 findet morgen, Montag, den 17. September, mittags 12 Uhr, im Krematorium Berlin, Gerichtstraße 37, statt.  
 294/7  
 Ehre ihrem Andenken!

Brandenburgischer Maschinenleiter-Verein. (V. d. D. B.) Sitz Berlin.

**Otto Sprengel**

im 53. Lebensjahre.  
 Wir verlieren in ihm einen braven Kollegen, dem wir stets ein ehrendes Andenken bewahren werden.  
 Die Beerdigung findet Montag, den 17. September, nachmittags 4 1/2 Uhr, in Weihensee auf dem Friedhof der St. Georgen-Gemeinde, Köpckestraße, statt.  
 Um zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Am Mittwoch, 12. Sept., starb nach langem, schwerem Leiden der Maschinenleiter

**Otto Sprengel**

im 53. Lebensjahre.  
 Wir verlieren in ihm einen braven Mitarbeiter, dem wir stets ein ehrendes Andenken bewahren werden.  
 Die Kollegen des „Berliner Tageblatts“.  
 Die Beerdigung findet am Montag, den 17. September, nachmittags 4 1/2 Uhr, in Weihensee auf dem Friedhof der St. Georgen-Gemeinde, Köpckestraße, statt. 437b

Deutscher Bauarbeiter-Verband. Zweigverein Berlin. Bezirk Osten II.

**August Krieks.**

Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am Montag, den 17. d. M., nachmittags 4 Uhr, auf dem Zentralfriedhof in Friedrichsfelde statt.  
 Rege Beteiligung erwartet 146/20 Der Vorstand.

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschl. Zahlstelle Berlin.

**Paul Abendroth**

Köpenicker Str. 137, Bez. 4, am 12. Sept. verstorben ist. Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am Montag, den 17. Septbr., nachm. 4 1/2 Uhr, von der Halle des alten Thomas-Straßhofs in Prenzlau, Hermannstraße, aus statt.  
 Um rege Beteiligung ersucht Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Böttcher, Weinkeller u. Hilfsarbeiter Deutschlands. Zentrale Berlin.

**Gustav Bülow**

(Rindl-Beauterei) am 12. d. Mts. im Alter von 71 Jahren verstorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am Montag, den 17. September, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des jüdischen Gemeindefriedhofs in Neukölln, Mariendorfer Weg, aus statt. 22/13  
 Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands. Verwaltung Groß-Berlin.

**Karl Moritz**

und am Freitag, den 7. September, unser Mitglied

**Oswald Michaelis.**

Ehre ihrem Andenken!  
 56/19 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Buchbinder-Verband. (Zahlstelle Berlin.)

**Margarete Hein.**

Ehre ihrem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am Montag, den 17. September, nachmittags 2 1/2 Uhr, auf dem St.-Elisabeth-Straßhof, Pringelallee, statt.  
 Zahlreiche Beteiligung erwartet 21/1  
 Die Ortsverwaltung.

**Zur 7. deutschen Kriegsanleihe.**

Um der Heeresleitung in umfassender Weise die Mittel zur Weiterführung und glücklichen Beendigung des Krieges zur Verfügung zu stellen, um die Sicherheit der auswärtigen Politik des Reiches zu sichern und ihr namentlich für die Friedensverhandlungen den größtmöglichen Rückhalt zu verschaffen, ist es notwendig, nicht nur die gegenwärtig vorhandenen Mittel, sondern auch die voraussichtlichen Ersparnisse der kommenden Jahre jetzt schon zur Zeichnung von Kriegsanleihe nutzbar zu machen. Diesem Zweck dient unsere Kriegsanleihe-Versicherung. Sie erleichtert die Zeichnung auf Kriegsanleihe, indem sie den

**Baraufwand auf 10 Jahre verteilt.**

Zur Zeichnung von 1000 Mark 5%, lger Anleihe ist nur eine einmalige Anzahlung von 150 Mk. erforderlich; der Rest wird in vierteljährlichen Beträgen von je 19.50 Mark, von denen der erste am 1. Januar 1918, der letzte am 1. Juli 1927 fällig ist, entrichtet.  
 Stirbt der Versicherte innerhalb dieser 10 Jahre, so sind keine Raten mehr fällig, sondern die Gesellschaft kündigt das gezeichnete Stück Kriegsanleihe nebst den Zinsen sofort und ohne jeden Abzug den Hinterbliebenen aus. Im Erlebensfall erhält der Versicherte selbst die für ihn gezeichnete Summe. Aufnahmefähig sind alle gesunden männlichen und weiblichen Personen bis zum Eintrittsalter von 50 Jahren. Ueber 50-jährige zahlen einen kleinen einmaligen Zuschlag.  
**Keine ärztliche Untersuchung.**  
**Keine Wartefrist.**  
**Kriegsgefahr in voller Höhe vorbehaltlos eingeschlossen.**  
**Versicherungen bis 10 000 Mk. zulässig.**

Die Anzahlung liefert die Mittel zur Zeichnung. Was wir aus vorhandenen Mitteln zu zeichnen in der Lage sind, das stellen wir dem Reich bei der 7. Kriegsanleihe obnehin voll zur Verfügung. Aus dem von uns gezeichneten eigenen Bestande teilen wir auf Wunsch gern auch beim Abschluß einer normalen Versicherung ohne Anzahlung dem Versicherungsnehmer ein Stück in voller Höhe der Versicherungssumme zu. Der Abschluß solcher Versicherungen ohne Anzahlung fördert aber das Zeichnungsergebnis der 7. Kriegsanleihe nicht, da sie keinerlei neue Zeichnungsmittel bereitstellen.  
 Ausführliche Prospekte und Vertragsformulare sind kostenlos zu erhalten bei den Vertretern und Vertretungsbüros der „Arminia“, bei den meisten Banken und Bankiers, sowie durch die Direktion.

**Deutsche Lebensversicherungsbank „Arminia“ A.-G. in München.**

**Der deutsche Städtetag erläßt folgende Kundgebung**

Niemals bisher hat dem deutschen Volke der kraftvolle, ureigene Antrieb gemangelt, wenn es galt, das Vaterland mit den Mitteln zu rüsten, deren es zur Selbstbehauptung bedarf. Ob erste, sechste oder siebente Kriegsanleihe, der unbeugsame Wille bleibt derselbe. Dieses Mal hat der Präsident der Vereinigten Staaten durch seine auch im Kriege völkerrechtswidrige Einmischung in die inneren Verhältnisse eines anderen Staates unfreiwillig uns zu noch erhöhter Opferfreudigkeit aufgerufen. Von den deutschen Städten, die im Ringen um die Entwicklung des Staatslebens und um eine freie Selbstverwaltung gewiß nicht zurückstehen, höre er die Antwort: Den Weg zu feinen Idealen, zum rechten Staatsbürgertum, zu Glück und Freiheit bahnt das deutsche Volk sich selbst. Die Bürgerschaft der Städte, das ganze Volk aber werden Antwort durch die Tat erteilen, durch Geben und Werben für die

**siebente Kriegsanleihe**

- Wermuth. Dr. von Borscht. Dr. Ackermann. Blüher.  
 Dr. Dittrich. Dr. Ebeling. Dr. Gehler. Dr. Gläffing.  
 Dr. Körte. Lautenschlager. Liebetrau. Lindemann.  
 Dr. Luther. Matting. Michelet. Mosse. Dr. Oehler.  
 Reimarus. Dr. Rißmüller. Dr. Rive. Scholz.  
 Dr. Scholz. Siegrist. Tramm. Voigt. Dr. Wilms.  
 von Wolfram.

**Strahlendorf's Handelsakademie**  
 Berlin, Beuthstraße 11, am Spittelmarkt, Zentrum 1750.  
 4. Oktober beginnen Viertel-, Halbjahres- u. Jahreskurse, vormittags 9-2 Uhr oder nachmittags 3-8 Uhr, zur Ausbildung für das Kontor. Herren und Damen getrennt, Kurse für Damen mit Töcherschul- oder Lyzeumbildung. Ausführliche Lehrpläne kostenlos.

**Hals- und Lungenfranke,**  
 Asthmatiker, Herzleidende, Blutarmer, Bleichsüchtige finden kostenfrei Rat und Hilfe durch belebende Brustweiche über anerkannte, bewährte u. ausprobierte Heilmethode ohne Verabreichung. Kombiniertes Verfahren, viele Anerkennungen von Ärzten und Gelehrten. 2682\*  
**Verwandhaus „Saucoco“** Berlin N 4, Zivaldenstr. 5.

Im Feldlazarett starb am 2. September an schwerer Verwundung unser lieber, guter Sohn, Bruder und Schwager, der Hausdiener

**Erich Birne**

Feld-Artillerie-Reg. Nr. 75, im 21. Lebensjahre.  
 In tiefem Angebenken  
 Familie Birne,  
 Herrn Birne als Bruder,  
 14124 zurzeit im Felde.  
 Ruhe sanft im Heidenland.

Nach kurzem Krankenlager verstarb am 13. September mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwager und Großvater

**Wilhelm Bohne**

Heinrichstr. 47, im Alter von 70 1/2 Jahren.  
 Einäscherung am Montag, den 17. d. M., nachmittags 5 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße 37. 132M  
 Um stille Beileid bitten  
 Witwe Luise Bohne  
 nebst Kindern.  
 Kranzpenden werden.

Als Opfer des Weltkrieges fiel am 20. August 1917 mein innigstgeliebter Sohn, unser guter Bruder, Schwager, Onkel, der Landsturmmann

**Ernst Schlitzke**

im 32. Lebensjahre.  
 In tiefer Trauer 439d  
 die schwergopfte Mutter  
 nebst Kindern u. Verwandten.

Am 1. Juli fiel auf dem Schlachtfelde unser langjähriger, treuer Mitarbeiter und Genosse, der Landsturmmann, Tischler

**Hermann Göhlmann**

im 47. Lebensjahre.  
 Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.  
 Die Genossen  
 d. Möbelfabrik „Hoffnung“  
 J. A. W. Langer. 106/18

Gegründet 1864  
  
**Pelz-**  
 waren in gros Einzelverkauf  
 wie alljährlich zu billigen Preisen.  
**S. Schlesinger,**  
 Neue Königstr. 21 (Ordnungs-1102)  
 koin Laden, II. Stock.  
 Bitte genau auf Firma und Hausnummer 21 zu achten!  
 21

**Spezial-Arzt Dr. med. Haedicke**  
 Horn-, Haut-, Geschlechtsld., Syphil. (Behandlungs-12 T.), Blutunters. Ehrlich-Hata-(Salvarsan)-K. Mod., schmerzlose Behandl. o. Berufstörung. - Mäßige Preise. Teilzahlung - Friedrichstr. 187-188a. d. Mohrenstr. (Untergr.) 11-1. 3-7. Sonntags 11-1.

**Kriegspreis!**  
 Am 3.50 R. Waldmannsloft, Nordb., gepflastert, Gas, Wasser, romanisch, nie niederkehrend. Doppelter Geminn. - Oferten D 1 Hauptgeb. d. „Bormars“.

**Meine Lager**  
 in Teppichen, Möbelstoffen, Gardinen, Läuferstoffen, Tisch- und Diwandecken usw. sind reich sortiert!  
**Teppich-Spezialhaus**  
**Emil Lefèvre**  
 Berlin-Süd.  
 Seit 1882  
 nur Oranienstr. 158  
 Mein alibek. Haus hat keinerlei Beziehung zu ähnlich laut. Firma

**Spezial-Arzt Dr. med. Hasche,**  
 Friedrichstr. 90 direkt am Stadtbahn. Behandl. von Syphilis, Haut-, Gorn-, Frauenleiden, bez. chron. Galle. Ehrlich-Hata-Kuren, schmerzlose, kürzeste Behandlung ohne Verabreichung. Blutuntersuchung. Mäß. Preise. Teilzahlung. Sprechstunden 10 bis 1 und 5-8, Sonnt. 11-1.

**Münzen**  
 kauft Hall, Münzenhdg., Berlin, Wilhelmstr. 46/47.  
**Haar- u. Velourhüte**  
 Vorverkauf Stück 28 M.  
**Lindeku, Rosenthalerstr. 36.**  
 II. Geschl.: W. Bayerischer Platz 7, Ecke Grunewaldstr. 56.\*

Als Opfer dieses Weltkrieges fiel am 17. August 1917 nach 3 Jahre langem Ringen durch Granat splitter mein über alles geliebter Mann, treuherziger Vater seiner Kinder, der Wehrmann

**Hermann Melzer**

Zuh. d. Eisernen Kr. II. Kl. im 39. Lebensjahre. 4506  
 In tiefstem Schmerze  
**Frau Berta Melzer**  
 nebst Kindern u. Verwandten.  
 Dir war das Leben kurz bemessen, und lange folgen meine Tränen Dir, o nimmer werd' ich Dein vergessen, denn Du warst alles - alles warst Du mir.







# C & A

Das Bild hier soll Ihnen die Schwierigkeiten versinnbildlichen, die wir zu überwinden hatten, um die diesmalige Mode auf feste Füße zu stellen, und um Ihren berechtigten Wünschen gerecht zu werden.

An unseren Schaufenstern und unseren Lägern können Sie sich leicht davon überzeugen, in wie hervorragender Weise dies gelungen ist, und wie ansehnlich und geschmackvoll sich die neue Mode Ihnen darbietet.

Unsere Vorbereitungen für die Herbst- und Winterzeit sind beendet. Wir sind bereit, Ihnen aufzuwarten, und sind überzeugt, Sie vollkommen zufriedenstellen zu können.



**Königstr. 33**  
Am Bahnhof Alexanderplatz

**Chausseest. 113**  
Zum Ostfrieser Bahnhof

Samstags geschlossen!

**Deutsches Theater.**  
7 U.: Ein Sommernachtstraum.  
Nachm. 3 U. (halbe Preise):  
Die deutschen Kleinstädter.  
Montag: Dantons Tod.  
**Kammerspiele.**  
7 1/2 Uhr: Madame d'Or.  
Nachm. 3 U. (halbe Preise):  
Mina von Barnheim.  
Montag: Madame d'Or.  
**Volksbühne.**  
Theater am Bülowplatz.  
Untergrund. Schön. Tor.  
7 Uhr: Hamlet. (Moissi.)  
Nachm. 3 Uhr (ermäßigte  
Preise): Hedda Gabler.  
Montag: Was ihr wollt.

**Verband der Fr. Volkshäuser**  
Sonntag, den 16. September,  
nachmittags 3 Uhr:  
Sollsbühne: Hedda Gabler.  
Schiller-Th. Charlottenburg:  
Novella d'Andrea.  
Schiller-Th. O.: Hinter Mauern.  
Künstler-Th.: Der Herr Senator.  
Reisinger-Th.: Das Kind.  
Abends 7 1/2 Uhr:  
Sollsbühne: Montag: Was ihr  
wollt. Dienstag: Lumpen-  
gefindel. Mittwoch: Hedda  
Gabler. Donnerstag: Lum-  
pengefindel.

**Theater für Sonntag, 16. September.**  
**Deutsches Opernhaus**  
7 Uhr: Orpheus in der Unterwelt  
**Friedrich-Wilhelmst. Theater**  
3 U.: Ein Maskenball (Amalia).  
7 1/2 Uhr: Das Dreimäderlhaus.  
**Gebr. Herrfeld-Th.**  
Operetten-Gastspiel  
Zum letzten Male:  
7 1/2 Uhr: Die ledige Ehefrau.  
**Kleines Theater**  
3 1/2 Uhr: Liebel.  
8 Uhr: Im Bahnhüterhaus.  
**Komische Oper**  
3 1/2 Uhr: Die Dose Sr. Majestät.  
7 1/2 U.: Schwarzwaldmädel.  
**Lustspielhaus**  
7 1/2 Uhr: Die blonden Mädels  
vom Lindenhof.  
8 1/2 U.: Herrsch. Diener gesucht.  
**Neues Operettenhaus**  
3 Uhr: Der Obersteiger.  
7 1/2 Uhr: Der Soldat der Marie.

**Metropol-Theater**  
7 1/2 Uhr: Die Czardasfürstin.  
**Residenz-Theater**  
3 Uhr: Die Steiner-Mädels.  
7 1/2 Uhr: Die Warschauer Zitadelle  
**Schiller-Theater O**  
3 Uhr: Hinter Mauern.  
7 1/2 Uhr: Vom andern Ufer.  
**Schiller-Th. Charl.**  
3 Uhr: Novella d'Andrea.  
7 1/2 Uhr: Der Revisor.  
**Thalia-Theater**  
3 Uhr: Die lustige Doppelhe.  
7 1/2 Uhr: Egon und seine Frauen.  
**Theater am Nollendorfsplatz**  
3 1/2 Uhr: Immer feste druff!  
7 1/2 Uhr: Die Gulashkanone.  
**Theater des Westens**  
7 1/2 Uhr: Der verliebte Herzog  
mit Guido Thielscher.  
8 1/2 Uhr: Ein Walzertraum.

**NATIONAL-THEATER**  
Cöpenicker Straße 68  
Stürmischer Erfolg!  
Bei täglich ausverkauftem Hause!  
**Das ist die Liebe ...!**  
Operettenp. in 3 Akte v. Döblin. Musik v. Walter Bromme.  
1. Bild: Baron Fliegenloins Pleite.  
2. : Rennbahn Karlsdorf.  
3. : Gerichtssaal in Kiekomal.  
Hauptdarsteller: Carl Wessel, Marie Grimm, Minod-  
hofer, Egon Brosig, Mia Ellis, H. Saal, Edith Poska usw.  
Sonntag, 16. Sept., 3 1/2: Die Grille in erster  
Vorverkauf von 10 Uhr ununterbrochen (auch Tieta).  
Billette 8 Tage im voraus.

**WINTERGARTEN**  
Heute 2 Vorstellungen 2  
Nachm. 3 1/2 Uhr kl. Preise,  
Kinder die Hälfte,  
abends 7 1/2 Uhr.  
Der erdige Spielplan.  
Dazu: 9 Uhr abends  
**Venezianische Nacht**  
Pantomime in 12 Bildern  
von Karl Vollmoeller

**Apollo**  
Friedrichstraße an der Kochstr.  
Allabendlich 7 1/2 Uhr:  
**Fregolia, Paul Beckers**  
und das  
große September-Programm.  
Kasse ab 10 Uhr geöffnet.

**URANIA**  
Sonntag 4 Uhr (halbe Preise):  
Tirol einst und jetzt.  
Sonntag 8 Uhr:  
Das Oberengadin  
und der Spügen.  
Montag 8 Uhr:  
Die Befreiung Ostgaliziens  
und der Bukowina.  
**Theater L. d. Königgrätzerstr.**  
7 1/2 Uhr: Erdgeist.  
Nachm. 3 Uhr: Kameraden.  
**Komödienhaus.**  
7 1/2 Uhr: Die beiden Seehunde.  
3 Uhr: Die verlorene Tochter.  
**Berliner Theater.**  
7 1/2 U.: Die tolle Komtes.  
Nachm. 3 Uhr: Filmzauber.

**Nollendorfsplatz 5**  
**Albert Bassermann**  
In dem Schauspiel:  
„Du sollst  
keine anderen  
Götter haben.“  
Regie: Ad. Gärtner.  
**Verheiratete  
Junggesellen.**  
In der Hauptrolle:  
**Viggo Larsen.**  
Beginn: 3 Uhr.

**Zirkus A. Schumann.**  
Letzte Saison in Berlin.  
Sonntag, 16. September:  
Wiederholung des neuen  
Zirkus-Programms.  
2 gr. Vorstellungen  
3 1/2 u. 7 1/2 U. Nachm. 1 Kind  
frei und Gratis-Pony-Reiten  
für Kinder v. Logen- bis  
Mittelbalkon-Besuchern.  
U. a. 8 Person. Reitertruppen  
Exotischer Dressurakt  
1 Elefant, 2 Kamäle, 1 Pferd,  
vorgef. von Fr. Nadsbura,  
Leiter-Kopf-Balance  
u. die übr. neuen Attrakt.  
Schnitzel-Jagd.

**Rose-Theater.**  
Geschlossen.  
**Walhalla-Theater.**  
Geschlossen.  
**Trianon-Theater**  
a. Bhf. Friedrichstr. Tel. Zl. 4927  
Anf. 7 1/2 Der Anf. 7 1/2  
**reizende Adrian**  
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr  
bei ermäßigten Preisen:  
Johannisfeuer von Sudermann.

**Büsch**  
Sonntag 8 1/2  
**Zwei** 7 1/2  
**gr. Vorstellungen**  
Nachm. 1 Kind frei!  
In beiden Vorstellungen:  
Das großartige  
**Eröffnungs-Programm!**  
Zum Schluß  
der Abendvorstellung:  
**Original-Pantomime**  
**Die 3 Pierrots.**  
Universal-Briefkasten 3,50  
Werk, Suchanbahnung Fortwärts,  
Lindenstraße 3 (Loben).

**Kurfürstendamm:**  
Neon dem Roman v. F. v. Zobelitz:  
**Das Geschlecht  
der Schelme.**  
In den Hauptrollen:  
**Friedrich Zeinik u. Lya Mara.**  
Kurfürstendamm, Nollendorfsplatz, Friedrichstr., Unt. des Linden:  
**Paul Heidemann**  
im Sultanz:  
**Ein Jagdausflug nach Berlin.**

**Reichshallen-Theater**  
Heute nachmittag  
3 Uhr  
und abends  
7 1/2 Uhr  
**Stettiner  
Sänger.**  
Nachmitt. ermäßigte Preise!  
Logen 1 M., Parkett 75 Pf.  
Eintritt 25 Pf. Herrl. Progr. I

**Palast**  
Heute  
**2 Vorstellungen 2**  
3 1/2 Nehm. jed. Erw. 7 1/2  
1 Kind frei.  
In beiden Vorstellungen:  
**Wilhelm Harstein**  
in dem Soldatenschwank:  
**Der Stolz der 3. Kompagnie**  
Fern: Senta Söneland  
Maxstadt  
und des übr. Programm.

**300**  
Heute:  
**Militär-Konzert.**  
Zoo je 30 Pf. Aqua  
**Aquarium.**  
**Casino-Theater**  
Fotbringer Straße 37.  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
Witzlicher Humor! Gr. Erfolg!  
Die Schlagertöpfe  
**Heiraten mußte!**  
Vorher der neue bunte Teil.  
Sonnt. 4 Uhr: Gaste, die Paris.

**Berliner Konzerthaus**  
Mauerstr. 62. Zimmerstr. 90/91.  
Heute:  
**Großes Konzert**  
des Berliner Konzerthaus-Orchesters  
Leiter: Komponist Franz von Bion.  
Anfang 4 Uhr.  
An allen Wochentagen Nachmittags-Konzert bei freiem  
Eintritt und voller Orchesterbesetzung.

**Admiralspalast.**  
2 Vorstell., 4 u. 7 1/2 Uhr.  
Nachm. kleine Preise.  
**Abrakadabra.**  
Gr. phantastisch. Ballett  
auf dem Eis.  
Abends Einlaß 7 Uhr.  
Vorzügliche Küche.  
**Voigt-Theater.**  
Badstr. 58. Badstr. 58.  
Sonntag, den 16. September,  
abends 7 Uhr:  
**Was junge Mädchen träumen!**  
Eröffnung der Winterpielzeit  
Montag, den 17. September:  
Die Stimmleiter.

**Germania-Prachtsäle**  
Chausseest. 110. C. Richter.  
Jed. Sonntag  
Paul  
Mantheys  
lustige  
Sänger  
u. Konzert  
Anfang des Konzerts 6 Uhr.  
Vorstellung 7 Uhr.  
Militär und Kinder 35 Pf.  
Jeden Sonntag Paul Mantheys  
lustige Sänger und Konzert.  
**Meine Flechte**  
Haben Sie Flechte mit dem Namen  
ist eine neue, sehr wirksame  
Mittel vertrieben worden, aber  
nicht helfen, ist jetzt durch das  
Spezialmittel  
**verschwunden.**  
Dr. Walter Th. Reichel, Hildes-  
heim, seit 25 Jahren einigerm.  
berühmt. 50, 3, 25. Otto Reigel,  
Heinz 23. Hildesheimstr. 4.